

Der Führer

Verlag: Führer-Verlag
G.m.b.H., Karlsruhe i. B.
Kaiserstr. 133; Fernsprecher
Nr. 7930; Postfach 1000
Führer-Verlag G.m.b.H.,
Karlsruhe Nr. 2988; Giro-
konto: Städt. Sparkasse Karlsru-
he Nr. 798. Erfüllungsort u.
Versandort: Karlsruhe.
Nr. 48; Fernsprecher Nr.
1271. — Redaktions-
schluß: 12 Uhr mittags.

Das badische
für nationalsozialistische



Kampfblatt
Politik und deutsche Kultur

Herausgeber: Robert Wagner M. d. L.

Bezugspreis: Monat: 1,20
Jahr: 12,00. Ausl. Postzuslag
ab. Trägergeb. „Der Führer“
erscheint 1mal wöchentlich
als Morgenzeitung. Bei
Ausfall inf. d. d. d. d. d.
Verbot, Streik usw. besteht
kein Anspruch a. Nachlese,
oder Rückerstattung d. Bez.
zugspreises. Anzeigenpreis:
Die Gesp. 1-mm-Zeile 1. An-
gebot: 10 Bfg., im Zeitbe-
trag 35 Bfg. Kleine Anz. 5 Bfg.
Abz. u. sonst. Bed. lt. Tarif.

5. Jahrgang / Folge 270

Karlsruhe, Donnerstag, 3. Dezember 1931

Einzelpreis 15 Bfg.

Tagesbefehl an die SA und SS.

Eine Welle von Haß und Verleumdung will sich in letzter Stunde dem Siegesmarsch der NSDAP. entgegenwerfen.

Stützpunkt um Stützpunkt, Ort um Ort habt Ihr Männer der SA und SS. in jahrelangem zähen Ringen, nur getragen von Eurem heiligen Glauben und unbändigen Siegeswillen erkämpft und gehalten. Eure Kraft und Euer Wille bürgt für den endlichen Sieg. Keine Macht der Erde kann Euch den Lorbeer entreißen, wenn Ihr, ohne nach rechts oder links zu blicken, Euren Weg geradeaus geht, wie bisher. Das weiß auch der Feind. Und so versucht er Euch zu reizen, herauszufordern und anzupöbeln. In letzter Stunde sollt Ihr noch die Nerven verlieren, sollt Euch der heilige Kern zu unüberlegtem Handeln hinreißen.

Wir kennen den feindlichen Plan, wir werden auch ihn zunichte machen.

Die nächsten Wochen werden Eure Geduld und Eure Selbstbeherrschung auf eine harte Probe stellen.

Halte die Ohren heiß, behaltet die Nerven!

Laßt Euch nicht provozieren, laßt Euch nicht verführen!

Ganz von selbst mit gesetzmäßiger Stetigkeit wird uns das Schicksal die Gewalt in die Hand geben.

Bis dahin heißt die Zähne zusammen und erfüllt Eure Pflicht. Hart und verschlossen, eiserne und unerschütterlich nach außen, glühend und gläubig im Innern.

Wer in den letzten Tagen der Prüfung versagt, ist nicht wert, Zeuge des Sieges zu sein.

Ihr habt Härteres schon getragen, jetzt bleibt Euch selbst treu!

Denn unser ist der Sieg, unser ist Deutschland!

München, 1. Dezember 1931.

Der oberste SA-Führer:
gez. Adolf Hitler.

Der falsche Dokortitel des Denunzianten Schäfer

Der „Völkische Beobachter“ meldet: Kronzeuge „Dr. Schäfer“ behauptet an der Universität in Frankfurt a. M. im Jahre 1922 zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert zu haben. Auf eine Anfrage der Gauleitung Hessen bei dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Universität Frankfurt a. M. erhielt sie heute schriftlich folgenden Bescheid:

„In Erledigung Ihres Schreibens vom 30. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß ein Herr Karl Wilhelm Schäfer oder Hermann Schäfer, geboren am 24. September 1895 oder 1896, in Offenbach a. M. oder Frankfurt a. M., bisher weder bei der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, noch der rechtswissenschaftlichen Fakultät, der philosophischen Fakultät und der naturwissenschaftlichen Fakultät promoviert hat. Ein Herr Hermann Schäfer, geboren zu Frankfurt a. M., vom 24. September 1896, hat bei der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die Diplomprüfung für Verwaltungs- und Sozialbeamte Ende Sommersemester 1920 und die Dis-

plomhandelslehrerprüfung (alte Ordnung) Ende Sommersemester 1921 abgelegt.

Dekanatskanzlei der Universität: gez. Hering.

Daraus geht hervor, daß „Dr. Schäfer“ seinen Dokortitel zu Unrecht führt.

Für Leute, die sich unbefugte Titel aneignen, hat der Volksmund eine sehr bekannte Bezeichnung. Daß aber solche dummle Ehrenmänner noch ein Landtagsmandat ausüben, sollte auch unter dem parlamentarischen System unmöglich sein. „Dr.“ Schäfer hat, wie man neuerdings hört, auf sein Mandat nicht verzichtet. Man wird daher zu fragen haben, wie sich der Wahlprüfungskommissioner dazu stellt, und ob er der Meinung ist, daß Schäfer nach wie vor würdig ist, Landtagsabgeordneter zu bleiben.

Neue Siege

Einbruch in die Front der Landvolkpartei in Thüringen.

Da die Wahlkämpfe der Thüringer Landvolkpartei in den einzelnen Orten nicht telegraphisch, sondern nur brieflich an die Landratsämter übermittelt werden, ist ein Endergebnis noch nicht zu erwarten. In Teilergebnissen wurde uns folgendes bekannt:

	Nat.-soz.	Landvolk.
Münchberg	916	750
Arnstadt	1015	909
Mühlhausen	527	1102
Gera	1040	2464
Schleiz	758	1734
Gotha	1951	1930

Schon das vorläufige Wahlergebnis zeigt, daß ein recht erheblicher Teil der Thüringer Bauernschaft von der Politik der Landvolkpartei nichts mehr wissen will. Da, wo die NSDAP. Ortsgruppen und feste Stützpunkte besitzt, hat sie fast durchweg die Mehrheit erhalten, aber auch in zahlreichen Ortschaften, wo sie bisher nicht vertreten war, wurden zahlreiche Stimmen für die nationalsozialistischen Listen abgegeben.

700 000

Wie wir soeben aus München erfahren, wurde am Dienstag, den 1. Dezember 1931 im Braunen Hause in der Aufnahmeabteilung die Siebenhunderttausendste Mitgliedskarte der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiter-Partei ausgestellt.

Es können also nunmehr nur noch 300 000 Mitglieder aufgenommen werden, da mit Erreichung der Million die Aufnahmeperre endgültig verhängt wird. Die Bewegung will nicht mehr, als eine Million eingeschriebener Mitglieder. Die einzige Ergänzung kann dann noch aus der Jugend erfolgen, auf dem Wege über die nationalsozialistischen Jugendorganisationen.

„Hitler und Zentrum“

Eine Erklärung Adolf Hitlers

Seit Monaten versucht ein Teil der deutschen Presse, insbesondere aber deutschnationaler Herkunft, zu durchsichtigen Verdächtigungen die Behauptung zu verbreiten, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und an der Spitze ihr ständen in Verhandlungen mit dem Zentrum zum Zwecke eines Eintritts der NSDAP. in die Reichsregierung. Der deutschnationale Oberdeputierte der „Nachtausgabe“ Berlin, Kriegel, stellte in einem Artikel die Behauptung auf, daß Führer der nationalsozialistischen Bewegung erklärt hätten, die Partei sehe nicht mehr im Sturze des heutigen Systems ihre Aufgabe, sie habe daran kein Interesse. Herr Kriegel wurde durch den Hg. Goebbels aufgefordert, die Namen dieser nationalsozialistischen Führer bekannt zu geben. Er konnte dieser Aufforderung bisher deshalb nicht nachkommen, weil diese Behauptung genau so unwahr ist, wie alle ähnlichen vom Anfang bis zum Ende erlogen sind. Unter Bezugnahme auf ein kleines Berliner Standardblattchen gibt nun die „München-Augsburger Abendzeitung“, ebenfalls ein deutschnationales Organ, dessen Lügen wieder und fordert mich zu einer Stellungnahme an. Da ich damit persönlich apostrophiert werde, will ich nun auch persönlich die Antwort geben:

Alle diese Meldungen sind vom Anfang bis zum Ende frei erfunden und erlogen, und zwar zu dem Zwecke, die nationalsozialistische Bewegung vor allen in den Augen der deutschnationalen Wählerschaft wenn irgend möglich zu diskreditieren. Nur zu diesem Zweck werden auch die Bälle zwischen Zentrum und bürgerlichen auch „nationalen“ Parteizeitungen hin- und hergeworfen, was

die Schreiber der „München-Augsburger Abendzeitung“ ebenfalls sehr genau wissen. Denn aus einer inneren Derangementsheraus kann die Angst dieses deutschnationalen Parteiblattes bezüglich einer Kapitulation der Nationalsozialisten vor dem heutigen System wirklich nicht kommen. Sonst müßte das besagte Parteiblättchen ja ganz übersehen haben, daß sich im Koalitionsblatt der Bayerischen Volkspartei, sprich bayerischen Zentrums, noch ununterbrochen ein vergessener deutschnationaler Herr Minister befindet. Und daß diese selbe deutschnationale Partei 10 Jahre lang in engster Bundesbrüderschaft mit dem bayerischen Zentrum einem mehr oder weniger erfolgreichen Krieg gegen die Feinde des heutigen Systems geführt hat. In derselben Zeit, da der Nationalsozialismus den Begriff einer nationalen Opposition erst geschaffen hat, hoch im Reich und in den Ländern Deutschlands und Zentrum an mehr als einer Stelle, und öfter als einmal einträchtig beisammen.

Ich darf mir also sowohl die Belehrungen als auch die Besorgnisse dieser Herrschaften einmal für immer verbitten. Wenn in Deutschland das heutige System gestürzt wird — und der Tag wird trotz aller Zentrums- und bürgerlicher Intrigen kommen —, dann wird die Kraft, die diesen Sturz herbeiführt, nicht die Deutschnationale Partei oder ihre Presse gewesen sein, sondern ausschließlich der Nationalsozialismus. — Das heute laufende Intrigenspiel ist jedenfalls ebenso wenig geeignet, die „Danzburger Front“ zu festigen, wie das derzeitige System zu erschüttern.

Adolf Hitler.

Frankreichs Spiel mit Deutschland

Die Reparations- und Schuldenpolitik. Der 20. Februar 1932, der Tag des Ablaufes des Basler „Stillhalte-Abkommens“ rückt in immer bedrohlichere Nähe. Es muß eine Lösung gefunden werden, die vor allem die die ganze deutsche Wirtschaft lebensgefährlich bedrohende Privatverschuldung einer Regelung zuführt. Zwischen diesen privaten Schulden und den politischen Tributen besteht ein ursächlicher Zusammenhang, denn die Erfüllung unserer Reparations-„Verpflichtungen“ wurde zum Anlaß der ungeheuerlichen Auslandsverschuldung der deutschen Wirtschaft. Fast die ganze Welt fordert die Liquidierung der politischen Tribute, sie steht in ihr eine der wesentlichsten Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Nur Frankreich setzt dieser allgemeinen Forderung einen Widerstand gegenüber, es besteht auf seinem Schein, dem Versailler Vertrag und dem Youngplan.

Während des ganzen Monats November war das Reparations- und Schuldenproblem Gegenstand ausgedehnter deutsch-französischer Gespräche. Es handelte sich gegenüber: Der Standpunkt des heutigen deutschen Systems: Gemeinnützige Regelung des Reparations- und Schuldenproblems auf Grund einer Untersuchung des deutschen Wirtschaftslebens überhaupt, und der französische Standpunkt: Trennung der Reparationen von den deutschen Privatschulden, Vorrang der Reparationen vor den übrigen Verpflichtungen, als äußerstes Zugeständnis etwa die Verringerung der Youngplanraten, jedoch unter voller Aufrechterhaltung der sogenannten „ungeschätzten Annuitäten“, d. h. 700 Millionen Reichsmark. Ziel der derzeitigen deutschen Regierung war die Erweiterung der Aufgaben des Untersuchungsausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich auf die Privatschuldenregelung. Frankreichs Bestrebungen gingen darauf hinaus, das zu verhindern. In langen Verhandlungen wurde ein Kompromiß für die Form des Enternungsantrages der deutschen Regierung gefunden. Deutschland hat darin zum Ausdruck gebracht, daß der VZ-Ausschuß auch die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands behandeln „müsse“. Es bleibt also dem Ausschuss vorbehalten, inwieweit er auf diese Wünsche eingeht. Die Franzosen haben dadurch Zeit gewonnen, um hier entsprechende „Vorbereitung“ zu leisten.

England hat erklärt, es erkenne das Vorrrecht der Privatschulden Deutschlands bei einer Gesamtregelung an, obwohl es als Reparationsgläubiger an zweiter Stelle stehe. Itallens Revisionsstandpunkt ist bekannt. Unklar ist nur die Haltung der Vereinigten Staaten, die eigentlich als Hauptgläubiger Deutschlands allen Anlaß hätten, die Forderung nach bevorzugter Behandlung der deutschen „privatverschuldungen“ zu unterstützen. Washington hat sich bis jetzt einer klaren Stellungnahme enthalten, da es hat sogar durch die Anerkennung der These von der Trennung zwischen politischen und privaten Schulden den französischen Standpunkt gestützt. Diese Haltung läßt sich wohl auf die Vereinbarungen zurückführen, die über die französischen Kredite in New York getroffen wurden. Die maßgebenden französischen Stellen haben zwar erklärt, ihr Guthaben in New York stehen zu lassen, aber sie haben sich das Recht vorbehalten, sie jederzeit zurückzuziehen. Sie sind infolgedessen in der Lage, einen Druck auf die amerikanische Regierung auszuüben, um sie an der Unterstützung der Interessen der amerikanischen Bankiers an der deutschen Privatschuldenregelung zu verhindern. Zweifellos sind diese Dinge beim Besuch Grandis in Washington zur Sprache gekommen. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob es ihm unter solchen Umständen gelungen ist, auf eine aktivere Stellungnahme der Vereinigten Staaten hinzuwirken.

Inzwischen ist man nun in Paris eifrig bemüht, um den Anfang Dezember zusammen tretenden VZ-Ausschuß von vorne herein von der Unlösbarkeit seiner Aufgaben zu überzeugen und vor einer Erweiterung seiner Tätigkeit im Sinne der deut-

schon Wank zu warnen. Man möchte nach altem bewährtem Rezept die ganze Frage wieder ausschließlich auf das politische Glatteis führen, wo sich der französische Standpunkt durch Intrigen, politische und wirtschaftliche Druckmittel am besten durchsetzen läßt, und wo die Unfähigkeit der deutschen Politik sich bisher immer am stärksten bewiesen hat. Die Kammerrede Savals vom 26. November hat mit brutaler Offenheit Frankreichs Ziel: Bedingungslos Rückkehr zum Youngplan und seinen Willen, in nichts nachzugeben, klargestellt. Sie war ein deutlicher Wink an den nun bald zusammentretenden Völkerausschuß, daß seine Arbeit nutzlos sein wird, wenn Frankreichs Zustimmung fehlt.

Die französische Politik ist auf ihrem Wege zur Erzwingung der weiter uneingeschränkten Youngplanzahlungen wieder einen Schritt vorwärts gekommen. Die heutige deutsche Politik aber hat es nicht verstanden, die Strömungen, die sich zugunsten des deutschen Standpunktes überall geltend machen, auszunutzen. Sie ist auf dem besten Wege, eine neue katastrophale Niederlage zu erleiden — eine Niederlage, die den letzten Lebensnerv der deutschen Wirtschaft abschneiden kann.

Gelmut Sündermann.

Neuer großer Sieg im Gau Halle-Merseburg

Vorläufiges Wahlergebnis zur größten preussischen Landwirtschaftskammer am 29. 11. 31.

Die Landwirtschaftskammerwahlen im Gau Halle-Merseburg brachten die erwarteten Ergebnisse. Das Endergebnis ist leider erst am Donnerstag endgültig festzustellen, doch zeigen die bis jetzt eingelaufenen Meldungen das Erwachen der preussischen Bauernschaft. Es dürften sich zwei Drittel aller Wähler für den Nationalsozialismus entschieden haben. Dieses Ergebnis ist umso höher einzuschätzen, als die Gegenparteien in einzelnen Kreisen mit allen zu Gebote stehenden denkbaren und undenkbaren Mitteln vorgegangen ist, während wir den Boden der Sachlichkeit nie verlassen haben.

Als bisher eingegangene Ergebnisse liegen vor:

Mansfelder Seekreis	115 Landb.	429 Natf.
Sangerhausen	714 Landb.	1619 Natf.
Saalkreis	837 Landb.	1400 Natf.

Merseburg
Bitterfeld

281 Landb. 1090 Natf.
147 Landb. 521 Natf.

Nationalsozialistischer Studentensieg in Nürnberg

Bei den Wahlen zum 11. der Handels-Hochschule Nürnberg eroberte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund von den 8 Sitzen 4. Seit der vorigen Wahl, wo wir 2 Sitze besaßen, haben wir unsere Macht verdoppelt.

Ein sonderbarer Pressedienst

Neuerdings wird den Redaktionen unter dem Titel „Motordienst“ ein „Pressedienst“ für das gesamte Kraftfahrzeugwesen“ zugeleitet, für welchen als Herausgeber und Schriftleiter ein früherer Pressescheff der „Ford-Gesellschaft in Köln“ verantwortlich zeichnet. Es handelt sich um dieselbe Persönlichkeit, in deren Händen auch die Zeitung der im Frühjahr 1931 veranstalteten „Europafahrten Ford am Rhein“ lag, und die später an einer Autokorrespondenz mitarbeitete, die ihr Erscheinen bald einstellen mußte, als es ihr nicht gelungen war, die in beträchtlicher Höhe nachgesuchten Subventionen zu erhalten. Die neue Korrespondenz „Motordienst“ hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits mehrfach Artikel gebracht, deren Zweck offensichtlich darin besteht, die Bemühungen der Ford-Motor Co. um die Propagierung ihrer Wagen als deutsche Erzeugnisse zu unterstützen, und die damit geeignet sind, die unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten allgemein anerkannte Werbung für die Bevorzugung deutscher Wagen zu beeinträchtigen. Es erscheint notwendig, diesen Charakter der Korrespondenz klarzustellen.

Brüning spricht nicht in München

München, 2. Dez. Die Geschäftsstelle des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei gibt bekannt: Reichsfinanzminister Brüning habe am Mittwoch telegraphisch mitgeteilt, daß er zur Zeit in Berlin unabkömmlich sei und daher am Sonntag in der Volksversammlung des Wirtschaftsbeirats in München nicht sprechen könne. Die Vereinbarung eines späteren Zeitpunktes habe sich der Reichsfinanzminister vorbehalten. Die Volksversammlung des Wirtschaftsbeirats wird daher abgesagt.

Vor der Ernennung eines Preiskommissars?

Berlin, 2. Dez. Der „Börsen-Courier“ meldet: Wie verlautet, wird in Regierungskreisen u. a. beabsichtigt, einen besonderen Preiskommissar zu ernennen, der weitgehende Vollmachten erhält, um die Preisbewegung zu überwachen und die Preisentfaltung durchzuführen. Einen Spezialkommissar haben wir schon. Jetzt fehlt eigentlich nur noch ein Anturdelungs-Kommissar.

Eine Bank schließt die Schalter

Frankfurt a. M., 2. Dez. Die Bank für Handel und Grundbesitz in Frankfurt a. M. teilt mit, daß sie sich genötigt gesehen hat, die Schalter zu schließen. Die Verwaltung der Bank ist der Auffassung, daß bei einer ruhigen Abwicklung die Einleger voll befriedigt werden können. Die Bank beantragte das gerichtliche Vergleichsverfahren.

Schwarze Fahnen im Kreis Mörs

Mörs, 2. Dez. Am Montag waren auf einer Kundgebung des Kreislandbundes Mörs, jener Bauernbewegung, die in engster Ablehnung an die Garzburger Opposition seit dem Sommer im Kreise Mörs besteht, mehrere hundert Bauern versammelt. Der Landbundführer von Dierpelt, Reichstagsabgeordneter Schiller, behandelte das Thema „Unterjoch oder Freiheit“ und forderte die Bauernschaft des Kreises Mörs zur Abwehr gegen die Notstände der heimischen Landwirtschaft auf. In feierlicher Handlung wurde dann durch den Direktor des Rheinischen Landbundes, Gustav Schmitz-Winzen, das von der Jungbauernschaft eingebrachte Kampfbanner, eine schwarze Fahne mit weißem Totenkopf, geweiht, wobei sich alle anwesenden Landwirte durch Freuen schmerz verpflichteten, bei künftigen Zwangsversteigerungen von heimischen Bauernhöfen keine Gebote abzugeben. Damit hat die Bewegung der Schwarzen Fahne, die bisher bei den Bauern Pommerens und Schleswig-Pommerns eine bedeutende Rolle spielt, auch im Kreise Mörs ihren Einzug gehalten.

Zeitgemäße Gläubigerversammlungen

Zu den letzten Errungenschaften, die das schaffende Deutschland nicht widerstandslos zur Kenntnis nehmen darf, gehören die finanziellen Zusammenbrüche kritischer Institute der Sozialversicherung. Die konzernförmig verwalteten Allgemeinen Ortskrankenkassen geben auch hierin mit gutem Beispiel voran. Im letzten Jahrgang hat es die Etique marxistischer „Arbeiterführer“ verstanden, dem deutschen Arbeiter die gesunden Grundpfeiler der Sozialversicherung zu zerstören. Was uns heute in der Unannehmlichkeit der Invaliden-, Arbeitslosen-, Krankenversicherung entgegentritt, ist ein erschütterndes Trümmerfeld sozialer Fürsorge. Wirtschaftlich, finanziell und moralisch sind diese Einrichtungen in ihrem Inneren krank. Und diese Institute soll der deutsche Arbeitnehmer mit seinen Hungergrößen ernähren, ohne für seine Kranken, erwerbslosen oder alten Berufskollegen, ohne für seine Familie und sich selbst in Zeiten der Not davon irgend einen positiven Nutzen zu erhalten.

Es gab einmal eine Zeit, da die Vermaltungen der sozialen Institute die Beiträge anhäufte und damit allerlei Geschäfte betrieb, anstatt damit die Volksgesundheit u. a. zu fördern. Das ist nun auch vorbei; heute hat man zunächst die Beiträge erhöht, die Leistungen herabgesetzt, den Ärzten und Apothekern die Honorare abgehandelt; das nützt nun auch nichts mehr. Die AOK, Frankfurt (Main) hat den Bankrott-Reigen der Krankenkassen eröffnet. Korruption, großemwahnsinnige Verwaltungskünste haben eine bereits fällige Schuldentlastung von 2 Millionen angehäuft. Vergeblich wird mit dem Dute-in-der-Hand auf Pump ausgegangen. Nehnlich geht es in Breslau, dessen Krankenkasse seit einiger Zeit durch immer neue Auflagen plänzt. Dort hat man es gar nicht erst mit einem Pump versucht, sondern einfach eine Gläubigerversammlung einberufen, eine Art „Stillhaltekonferenz“. 1,5 Millionen betragen die Verpflichtungen der AOK, gegenüber Breslauer Ärzten, Apothekern und Krankenanstalten, die nun „Stillhalten“ müssen.

Dieser unhaltbare Zustand finanzieller Mißwirtschaft wächst sich nachgerade zum Skandal aus. Wenn hier nicht bald ein radikalischer Wandel eintritt, hat man die gesamte Sozialversicherung mit solchen Methoden ruiniert.

Heißes Eisen?

Von Dr. Matjač.

Der mit großem Lament in ein so vergänglichem Dasein gerufene Wirtschaftsbeirat, der nun auf einmal gar keine größere praktische Bedeutung gehabt haben soll, hat ein plötzliches, allzu plötzliches Ende gefunden. Diese Plötzlichkeit ist nur mit seinem offensichtlichem Zerfall zu erklären, wie aus dem daraus verständlichen Bemühen der Reichsregierung, diesem erlauchten Gremium wenigstens ein Begräbnis 1. Klasse zu beschaffen. Die von dem Wirtschaftsbeirat hinterlassenen Empfehlungen enthalten teils Winke, teils unüberbrückbare, gegenwärtige Anregungen. Als ganzes gesehen lassen sie jeden einheitlichen, organischen und aufbauenden Gedanken vermissen. Die Preise sollen gelenkt werden. Die Tarifverträge sollen aufgelockert werden. Strom, Gas, Licht sollen billiger werden — während auf der anderen Seite die Defizite in allen öffentlichen Haushalten wachsen, die Umsatzsteuer gewaltig erhöht werden soll, das Geschäftsleben aber immer mehr zusammenbricht und die Verdienstmöglichkeiten geringer werden. Die Tributfrage behandelte der Wirtschaftsbeirat mehr als Stiefmutter. Und die Zinsenfrage? Sie war das Pflänzchen „Nähr mich nicht an“. Die Zinsspanne soll vermindert, die Habenzinsen sollen abgebaut werden. So wurde die entscheidende innerwirtschaftliche Forderung einer radikalen Zinsherabsetzung, wie sie bei der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes eine Lebensnotwendigkeit ist, mit platonischen Anregungen „erledigt“. Dabei ist die Frage einer fühlbaren Zinsentfaltung weit mehr als eben nur eine „Preisfrage“, sondern sie ist eine wesentliche Voraussetzung einer inneren Gesundung unserer Wirtschaft überhaupt. Es entrichtet zwar ganz dem Sinn eines profitgierigen und finanzkapitalistischen Denkens, wenn der „Grundriss“ vortreten wird, daß ausgerechnet arme und kapitalarme Länder „immer hohe Zinsen bezahlen müßten“, dennoch aber ist die unerträgliche Zinsbelastung von heute eine schwere Volkschädigung. Das Prinzip der Zinsausbeutung gerade schwacher Völker ist ein Dorn in die Gutmütigkeit der schaffenden Menschen! Auch alle Notverordnungen, die an der Zinsenfrage mehr oder weniger vorbeigehen, treffen in's Leere. Die Zinsfrage muß heute von der Seite der Schuld zinsen angepackt werden! Heute kommt es darauf an, daß die Schuldner — bei einer inneren Verschuldung von etwa 75 Milliarden — im Jahre bei erträglichen Zinsen etwa 4 Milliarden weniger Zinsen bezahlen müssen, nicht aber, daß die Gläubiger diese 4 Milliarden mehr bekommen. Eine derartige „Kapitalbildung“, die auf Kosten des Gesamtvolkes geht, ist mehr als fragwürdig. Denn nicht die Schuldner an sich sind das Erdbeben der deutschen Wirtschaft, sondern die unaufbringlichen Zinsen, die eine immer größere Verschuldung und damit den endgültigen Zusammenbruch notwendig zur Folge haben. Wie will man ohne und ohne Zinsen leben, wie will man von einem armen Volke in schwerster Wirtschaftskrise erhört harte öffentliche Leistungen fordern und dabei glauben, daß ein solches Volk auch noch untragbare Zinsen erarbeiten kann? Hier klafft ein unheilbarer Widerspruch, der nur in einem völligen Bankrott enden kann.

Es ist eine durch nichts bewiesene Behauptung, daß die innere Zinshöhe durch internationale finanzkapitalistische Interessen bedingt und bestimmt wäre. Es gehört doch zu den grundlegendsten Aufgaben einer Volkswirtschaft, die innere Zinshöhe nach ihren inneren Erfordernissen zu bestimmen. Und zwar „trotz“ Weltwirtschaft mit ihren Verflechtungen! Was bleibt denn von der Souveränität eines Staates übrig, wenn er auf die innerwirtschaftlich entscheidende Frage der Zinsgestaltung keinen bestimmenden Einfluß mehr hat, sondern diese Frage zum Objekt internationaler Spekulationsinteressen und Finanzschiebungen geworden ist? Das innere Geld- und Kreditwesen des deutschen Volkes muß endlich in den Dienst des Volkes selbst gestellt und von den Ausplünderungsinteressen des raffenden internationalen Finanzkapitals losgelöst werden. Es gibt einen Weg dazu!

Gewiß ist damit die äußere Zinsbelastung nicht berührt. Aber hier muß jedes Mittel recht sein, um die wahnwitzige Zinsfron abzubauen. Welche ungeheure Verantwortung gerade das schwarzrote System an der bestehenden Auslandsverschuldung von rund 27 Milliarden trägt, soll in diesem Zusammenhang nicht näher untersucht werden. Aber gerade dieses System hätte um so mehr die Pflicht, für die Entlastung des deutschen Volkes hinsichtlich der Auslandsverschuldung mit ihrer Zinslastigkeit mit aller Energie zu sorgen. Mindestens 18 Milliarden der eingegangenen Auslandsverpflichtungen sind tributarer Natur. Ihre „unantastbare Heiligkeit“ besteht ebenförmig aus Recht, wie die anreizenden Zinsätze, die das Ausland fordert, und die das Doppelte und mehr der im Ausland selbst üblichen Sätze betragen. Das vom schwarz-roten System so oft gerühmte „Vertrauen“ des Auslandes muß wahrlich teuer genug bezahlt werden!

Es muß also auch auf dem Gebiete der Auslandsverschuldung und ihren Zinsforderungen etwas geschehen. Ein Moratorium kann wohl notwendig werden. Das finanzkapitalistische Geschrei einer daraus entstehenden Kreditkürzung kann gerade unter den bestehenden Verhältnissen nicht ernst genommen werden. Einmal kann auch ein Volk nicht mehr zahlen, wenn es nicht mehr zahlungsfähig ist. Sodann werden die Gläu-

Das Uniformverbot bleibt

Evering gegen Reichsgericht

* Berlin, 2. Dez. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister des Innern am 1. Dezember 1931 folgenden Erlaß an sämtliche Ober- und Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin gerichtet:

„Nach Pressmeldungen hat der 3. Strafsenat des Reichsgerichts in einem Urteil vom 30. November 1931 die auf Grund meines Erlasses vom 31. März 1931 ergangene Anordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz betreffend das Verbot des Tragens der Parteiuniform der NSDAP. für ungültig erklärt. Ich erlaube, ungeachtet dieses Urteils, das offenbar im Widerspruch zu den Weisungen des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 7. August und vom 29. September 1931 steht, das Tragen nationalsozialistischer Uniformen entsprechend den auf Grund des oben erwähnten Erlasses ergangenen Anordnungen der Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten in Berlin nach wie vor polizeilich zu verhindern.“

Protest der NSDAP. gegen preussische Regierung

München, 2. Dez. Die Reichspressstelle der NSDAP. teilt mit:

Namens der Reichsleitung der NSDAP. hat Rechtsanwalt Dr. Frank II an den Reichsinnenminister und an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg am Mittwoch folgendes Telegramm abgesandt: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erhebt schärfsten Protest gegen die rechtswidrigen Versuche der preussischen Staatsregierung und Staatsbehörden, trotz unaufschiebbarer reichsgesetzlicher Entscheidungen das in seiner Ungesetzmäßigkeit nunmehr endgültig unwirksame einseitige und beleidigende Uniformverbot gegen Nationalsozialisten aufrecht zu erhalten und bittet ergebenst dringlichst um reichsausschließliches Einschreiten.“

Breitscheid droht Brüning

Berlin, 2. Dez. (Eigenbericht). Auf einer Funktionärerversammlung der Berliner Sozialdemokratie sprach am Dienstagabend Genosse Breitscheid. Er betonte dabei, daß nach den Verträgen ohne Zweifel ein deutscher Rechtsanspruch auf die Abrüstung auch der anderen Staaten bestehe. Weiter hob er hervor, daß an dem Erstarken des deutschen Nationalsozialismus Frankreich nicht unschuldig sei. Seine Goldpolitik schaffe dem nationalen Radikalismus neue Arbeitslose und Verzweifelte. Aber auch die deutschen Machthaber seien an der Entwicklung nicht unschuldig. Er, Breitscheid, glaube nicht an einen bevorstehenden nationalsozialistischen Putz, aber er glaube an den Einschüchterungsversuch der Nationalsozialisten gegenüber noch widerstehenden Teilen des Bürgerturnes und auch der Arbeiterschaft. Die Reichsregierung habe die Pflicht, alle Machtmittel zur Abwehr anzuwenden. Sie habe das bisher nicht getan. Der sozialdemokratische Parteiausschuß habe deshalb weitgehende Entschlüsse gefaßt. Gedenke die Regierung Brüning nicht danach, so sei die Regierung Brüning wert, zu fallen. Dürfte sie Braunschweigler Zustände, dann befiegele sie ihr Schicksal selber. Die einzige wirkliche Stütze der Regierung sei die Sozialdemokratie. Aber es gebe eine Grenze der Tolerierungspolitik.

„Höring wird abgeschüttelt“

* Berlin, 2. Dez. Unter dieser Überschrift meldet der „Börsen-Courier“: „Der sozialdemokratische Parteivorstand hat die Herausgabe einer von Höring gegründeten neuen Tageszeitung lebhaft mißbilligt. Es wurde festgestellt, daß die Herausgabe nicht mit Zustimmung der Bundesleitung des Reichsbanners erfolgt. Damit scheint Hörings Rolle als Reichsbannergeneral ausgespielt zu sein.“

Dr. Best jede parteiamtliche Tätigkeit untersagt

+ München, 2. Dez. Die Pressstelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit:

Der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung der NSDAP. hat anordnet, daß die Parteigenossen Dr. Best, Kapitanleutnant von Davidsohn, Etavinnog und Wassan bis zum Abschluß der Untersuchung durch den Oberreichsanwalt von jeder parteiamtlichen Tätigkeit zu entbinden sind. Seine weitere Stellungnahme in dieser Angelegenheit behält sich der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung bis nach der Entscheidung des Oberreichsanwaltes vor.

tiger mit sich reden lassen müssen, wenn ihnen an größeren Abzahlungen gelegen ist. Schließlich kommt ein „neuer Kredit“ nicht in Frage, da mit einem neuen Pump unter allen Umständen Schluss gemacht werden muß. Es wäre wirklich für das deutsche Volk kein Schaden gewesen, wenn es weniger Auslandskredite erhalten hätte. Dann hätte nämlich in Deutschland die Erfüllungspolitik schon früher ein Ende gefunden. Andererseits darf das internationale Finanzkapital, das in der Kreditgewährung an Deutschland nur immer ein vorzügliches Mittel sah, die deutsche Arbeitskraft durch eine brutale „Zinspolitik“ auszuplündern, sich nicht wundern, wenn es „morgen“ einmal „Opfer“ bringen muß!

Man muß die politischen und wirtschaftlichen Dinge in ihren Zusammenhängen nüchtern beurteilen. Dann aber sind die Gratzhüter des Novemberregimes ebenjowenig in der Lage, die politischen wie wirtschaftlichen Aufgaben, die zu lösen sind, zu meistern. Dieses System geht sowohl an seinen politischen „Erfolgen“, wie an seinen finanzkapitalistischen Bindungen wie währungstheoretischen Dogmen zugrunde. Dieses System kann laviieren, aber nicht handeln, kann Richtlinien aufstellen, sie aber nicht durchführen, kann versprechen, aber nicht erfüllen. Das zeigt allein die Unfähigkeit, die Frage zu lösen: Ist es die ebenso elementare Aufgabe, wie unveräußerliche Pflicht einer Regierung, die inneren Rückschlüsse nach der gesamtwirtschaftlichen Lage zu bestimmen, oder hat diese Aufgabe vornehmlich das internationale Profit- und Ausbeuterkapital zu befürworten?

Das Volksbegehren in Sachsen

Dresden, 2. Dez. In Sachsen läuft ab Mittwoch bis einschließlich 15. Dezember die Eintragungsfrist für das von den Kommunisten beantragte Volksbegehren auf Auflösung des Sächsischen Landtages. Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolk haben ihre Anhänger zur Beteiligung aufgefordert. Die Gegner des Volksbegehrens sind Sozialdemokratie, Staatspartei, Deutsche Volkspartei und einige kleinere Parteien, während sich die Wirtschaftspartei abwartend verhält. Der Erfolg des Volksbegehrens steht außer Zweifel.

Zeitungsverbot Nr. 126

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Wochenzeitschrift „Der Kakt“ auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik und der Notverordnung auf die Dauer von 8 Wochen verboten, und zwar wegen eines zum Toten-sonntag erschienenen Aufsatzes: „Der Tag unserer Toten. 9. Nov. 1918, 1923, 1931“, der eine angebliche Verherrlichung und Billigung des Hochverrats vom 9. November 1923 enthalten soll.

Die Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes

Erweiterung der Vollmachten Eugenbergs * Berlin, 2. Dez. Die Deutschnationalen Pressestelle teilt mit: Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt am Dienstag, dem 1. Dezember 1931, eine Sitzung ab, die der Vorbereitung der Parteivertretung und der Beratung über die politische Lage galt. Durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Potsdam I wurde folgender Antrag an den Parteivorstand gestellt:

In die Parteifragungen wird als besonderer Artikel eingefügt:

„Dem Parteivorstand wird hierdurch die Vollmacht verliehen, in Abweichung von den Satzungen, soweit es im Interesse der Partei und ihrer Ziele erforderlich erscheint, Anordnungen zu treffen, die für alle Organe der Partei verbindlich sind. Beim Erlass solcher Anordnungen muß auf diesen Artikel Bezug genommen werden.“

Die Vorstandssitzung klang in lebhaften Kundgebungen für den Parteivorstand und in einem einmütigen Bekenntnis zum Führergedanken aus. Die Beratungen, die in später Abendstunden schlossen, werden am Mittwoch, dem 2. Dezember, in der Parteivertretung, die für die endgültige Annahme der Satzungsänderungen zuständig ist, fortgesetzt werden.

Düsterberg und Selbte freigesprochen

* Berlin, 2. Dez. Die zweite große Strafkammer beim Landgericht I sprach am Dienstag in zweiter Instanz die Bundesführer des Stahlhelm, Selbte und Düsterberg, sowie den verantwortlichen Redakteur der Stahlhelmzeitung, Kleinau, die wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz angeklagt waren, frei. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der beanstandete Artikel „Kampf dem Zwischenreich“ keinen Angriff gegen die Republik und die jetzige Staatsform darstelle, wie dies im ersten Prozeß vom Gericht angenommen worden war, daß sich vielmehr der Artikel gegen den Anarchismus richte.

In der ersten Instanz waren Selbte und Düsterberg an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu einer Geldstrafe von je 800 RM. und Kleinau zu 800 RM. Geldstrafe verurteilt worden.

Prozeß gegen die Mörder unseres SL-Kameraden Martens

Kommunisten und Reichsbanner zogen bewaffnet durch die Straßen

Neumünster, 2. Dezember. Im Kommunistenprozeß blieben die Angeklagten auch weiterhin bemüht, ihre Teilnahme an den Ueberrällen abzuleiten. Der Hauptangeklagte Kommunist Timm bestritt, den durch die Straßen ziehenden Menschenhaufen zusammengezogen zu haben. Er habe den Ereignissen lediglich aus Neugierde beigewohnt. Der Zeuge Kriminalassistent Bente stellte demgegenüber fest, daß Timm ihm am Nachmittag des fraglichen Tages u. a. erklärt habe, er könne innerhalb von zwei Stunden eine 120 Mann starke Staffel mobilisieren. Die Polizei solle nur aufpassen, damit sie später weiß, wer der Schuldige sei. Sie werde noch was erleben.

Bente wies ferner unter anderem darauf hin, daß bis zum Tage der Mordtat im Neumünster 25 politische Zusammenkünfte verzeichnet worden seien. Der Staatsanwalt erklärte darauf, daß seine Abteilung bisher 1400 solcher Straftaten aufweise. Anschließend wurde der Arzt Dr. Friedrich Wilhelm Müller vernommen, der bei den Unruhen einen schweren Bedenkschuß erhielt.

Er schilderte, daß Stundenlang vor dem schweren Zusammenstoß Kolonnen von KPD- und Reichsbannerleuten mit Antipern bewaffnet die Straßen durchzogen hätten. Als er mit Sanitätsmaterial auf die Straße ging, um dem niedergeschlagenen Vorwärt zu helfen, habe zwei Schritte von ihm entfernt ein Mann einen Revolver gezogen und mehrere Schüsse abgegeben. Eine Angel habe Begemann niedergestreckt, durch den vierten Schuß sei er selbst verwundet worden. Kurz vor der Erschießung des Martens habe ihm dieser noch gesagt, daß ihm die KPD furchtbar nachstelle, und daß er nicht mehr in seine Wohnung gelangen könne. Am Schluß der Verhandlungen teilte der Vorsitzende mit, daß das Gericht am Donnerstag wahrscheinlich den schwerverletzten Begemann in Mitleid nehmen werde.

von den Vorcommissionen Kenntnis gehabt hätten, nicht durchgegriffen. Oberbürgermeister Böß habe im übrigen gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen früheren Präsidenten der Reichsbank Stapf elf Tage in Berchtesgaden als Gast des Generaldirektors Elschner vom Erzherzog-Hotel in Berlin gelebt, als der Van des Erzherzog-Tunnels besprochen worden sei.

Der Beschluß über die Beweisangebote Dr. Puppes wurde zurückgestellt. Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung erklärte der frühere Stadtrat Wege, er wisse nichts davon, daß die Ellarets durch die Stadt begünstigt worden seien. Nieburg habe er nie geschäft. Dieser Mann habe kein Herz gehabt und nur sein persönliches Ziel verfolgt. Vom Magistrat seien die Ellarets gänzlich beurteilt worden. Sie hätten sich stets anständig benommen. Richtig sei auch, daß die Ellarets durch die Stadt geschädigt worden seien. Der Vorsitzende befragte den Zeugen über angebliche Bilanzfälschungen Nieburgs. Wege erklärte u. a., daß sich Bürgermeister Scholz in dieser Angelegenheit nicht richtig benommen habe.

Krankentassennotverordnung?

„Berlin, 2. Dez. Die verlanget, besteht die Möglichkeit, daß die Vereinbarungen zwischen Krankentassen und Ärzteschaft in den Bereich der Notverordnung einbezogen werden. Bekanntlich sind seit längerer Zeit zwischen den großen Krankentassenverbänden und den Verbänden der Ärzteschaft Ab-

machungen vereinbart worden. Sie sind noch nicht in Kraft gesetzt, weil einige wesentliche Krankentassenverbände (die Innungs-, die Betriebs- und die Landkrankentassen) ihre Zustimmung dazu aus wohlverwogenen Gründen verweigert haben. Das Reichskabinett wird sich in den nächsten Tagen mit den Vorschlägen des Reichsarbeitsministeriums zur Infraktsetzung des Abkommens beschäftigen.

Familie durch Gas vergiftet

— Magdeburg, 2. Dez. Am Mittwoch früh wurden der 74jährige Oberinspektor der Domäne Grasdorf, Meißner, seine Frau und eine Tante in ihrer Wohnung in Quellendorf durch Gas vergiftet, tot aufgefunden. Die Tante war beim Baden von Weihnachtspflücken in der Küche vom Tode überrascht worden. Der Gashahn stand offen und das ganze Haus war mit Gas gefüllt. Es liegt zweifellos ein Unglücksfall vor.

4 Falschmünzer festgenommen

* Bremen, 2. Dezember. Seit längerer Zeit fahndete die Kriminalpolizei nach Falschmünzern und Verbreitern von falschen 20, 50 und 100 M-Scheinen, die besonders in Nordwestdeutschland vertrieben wurden. Die Ermittlungen haben jetzt zur Festnahme von 4 Personen geführt.

Schacht bei einem Autounglück schwer verletzt

* Schwerin, 2. Dezember. (Tel.) Mittwochs vormittag gegen 10 Uhr verunglückte der Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht in der Nähe von Waren beim Orte Minz. Auf der glatten Landstraße überfiel sich der Wagen. Dr. Schacht erlitt schwere Verletzungen durch Glassplitter sowie aufsteigend auch innere Verletzungen. Er wurde ins Warenener Krankenhaus geschafft. Der Wagen ist schwer beschädigt. Die beiden übrigen Insassen, der Sohn Dr. Schachts sowie der Fahrer, blieben unverletzt.

Nach den Äußerungen des behandelnden Arztes in Waren sind die Verletzungen als ernst zu bezeichnen. Dr. Schacht werde, falls er den Unfall überlebe, noch längere Zeit ins Krankenhaus gefesselt sein.

Wegen angeblicher Spionage erschossen

Warschau, 2. Dezember. Das Militärgericht in Polen hat den Angehörigen der deutschen Minderheit den Schützen Franz Klamke vom polnischen Infanterieregiment Nr. 68 am Montag wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands zum Tode verurteilt.

Da der Staatspräsident keinen Gebrauch von seinem Gnadenrecht machte, wurde das Urteil bereits vollstreckt.

So geht man mit deutschen Volksgegnern in Polen um, die es dem Schandvertrage von Versailles zu verdanken haben, daß sie vom deutschen Mutterland abgetrennt leben müssen und gezwungen werden im polnischen Heer zu dienen.

Finnland vor einem Staatsstreich

Auffeuernde Erklärung des Innenministers * Helsingfors, 2. Dezember. Am Montag gab der finnländische Innenminister v. Vorn im Parlament eine Erklärung ab, die allergrößtes Aufsehen hervorgerufen hat, denn der Minister gab zum ersten Male unumwunden an, daß die Gerichte über einen bevorstehenden Staatsstreich in Finnland nicht unbegründet seien. Der Minister erklärte, daß die Behörden Vorbereitungen verschiedener Organisationen festgestellt hätten.

ten, die nach Lage der Dinge auf einen Staatsstreich deuten. Zum Teil geheim, zum Teil öffentlich werde sowohl innerhalb der finnländischen Armee, als auch des Schutzkorps Propaganda für die Beteiligung der verfassungsmäßigen Zustände in Finnland durch einen Gewaltstreich gemacht. Aus den Tagesbefehlen und den Verfügungen der staatsfeindlichen Organisationen gehe deutlich hervor, daß der Staatsstreich unmittelbar bevorstehe. Der Innenminister richtete an die Bevölkerung die Aufforderung, die Ruhe nicht zu verlieren, da die Regierung für das Wohl und Leben der Einwohner Sorge tragen werde.

Japan gegen Abrüstung

* London, 2. Dez. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus Tokio wurde die japanische Stellungnahme auf der kommenden Abrüstungskonferenz am Dienstag in einer Sitzung des Militärrates erörtert. Die Anweisungen für den japanischen Abordnungsführer, die in einer zweiten Sitzung am Donnerstag endgültig bestätigt werden sollen, haben nach dem Bericht des Blattes folgenden Inhalt:

Japan wird keinen Abrüstungsverpflichtungen auskommen, durch die es bezüglich der allgemeinen Bewaffnung, der Flugzeuge und Kriegsmaterialien auf dem bisherigen Stand gehalten wird. Die Gründe für diesen Beschluß sind folgende:

1. Japan hat gefährliche Nachbarn, wie China und Rußland.
2. Die Rüstungen sind bereits auf ein Mindestmaß beschränkt worden. Die Stärke der japanischen Armee beträgt zur Zeit nur 65 v. H. des Vorkriegsstandes.
3. Japan steht bezüglich der Bewaffnung, der Flugzeuge und der Materialien sehr weit hinter anderen Mächten zurück, da es im Weltkrieg nicht auf den Hauptkriegsschauplätzen gekämpft hat.

Neuer Flugzeugstreckord

* New York, 2. Dez. Der amerikanische Flieger Lowell Bailes stellte in Detroit mit 458,5 km. Stundengeschwindigkeit eine neue Schnelligkeits-Weltrekordleistung für Langstrecken auf.

Die Not der bayerischen Bauern

* München, 2. Dez. Die Erregung der bayerischen Bauernschaft über die steigende Not wächst. Fast täglich finden auf dem Lande Kundgebungen statt. Im bayerischen Landtag hatten in der vergangenen Woche die Bauernbündler einen „letzten Warnruf“ an die Reichs- und Staatsregierung gerichtet und schärfste Opposition des Bauernbundes angekündigt. Auch in der Sitzung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei am vergangenen Sonntag wurde in einer Entschließung darauf hingewiesen, daß die Stimmung in der Landwirtschaft immer verzweifelter werde, und es wurden eine Reihe von Forderungen zugunsten der Landwirtschaft erhoben. Am Montag fand nun in Traun-

stein in Oberbayern eine Kundgebung statt, an der 107 oberbayerische Landbürgermeister teilnahmen und in der wieder die Not, besonders der Gebirgsbauern, geschildert wurde. In der Versammlung teilte Reichstagsabgeordneter Eisenberger mit, daß er sich noch in dieser Woche zum Reichstanzler begeben und ihn an den 14. April 1930 erinnern werde, wo Brüning nach der denkwürdigen Abstimmung im Reichstag gefragt habe: „Eisenberger! Sie haben mir heute das politische Leben gerettet! Wenn Sie einmal etwas brauchen, dann kommen Sie zu mir!“ Eisenberger will dem Reichstanzler die Forderungen der bayerischen Bauern vortragen und ihn an sein Wort erinnern.

Großmutter erzählt Märchen!

Eine Hundertfünfzigjährige sucht Liebhaber / Die „Freiburger Zeitung“ auf dem Kriegspfad

Gewiß sind Sie auch schon zur Nachtzeit an verschwiegener Stelle einer jener berufstätigen Damen begegnet, bei welcher es bereits seit geraumer Zeit „ausgelassen“ hat, und die bereits darauf angewiesen ist, die Spuren ehemaliger Reize unter Schminke und verwaschenen Glittern zu verbergen. Für Bert Brecht, Weill oder sonst einen unserer modernen „Dramatiker“ wäre eine solche Begegnung gewiß Grund genug, eine „Dreigroschenoper“ oder „Dinrentragödie“ zu verbrochen — uns tut es leid, wir finden an der Sache durchaus nichts Tragisches, sondern lediglich die unwiderstehliche Komik, mit welcher da Reize zur Schau getragen und unterstrichen werden, von welchen selbst unterm Mikroskop nichts mehr zu entdecken ist. Der blumenbedeckte Riesenhut, die knallig bunte Bluse, die schiefgetretenen Stöckelschuhen — alles, nach Meinung der Trägerin, abgestimmt auf Jugendlichkeit und Tausfrische, in Wirklichkeit nichts anderes als die Requisiten einer vergangenen Epoche — das alles ergänzt sich mit dem darin enthaltenen Bruch zu einer Groteske, die, von Gros und Psycho gleichweit entfernt nur noch auf die Lachmuskeln ihre „unwiderstehlichen“ Reize auszuüben vermag.

Man sollte es nicht glauben, daß es Schmetterlinge gibt, die das Bedürfnis fühlen, sich an solch ausgebrannter Fingern noch die Flügel zu verbrennen — aber — die Geschmäcker sind bekanntlich verschieden — und es gibt ja sogar Leute, die sich an der bürgerlichen Generalanzeigerpresse erbaufen —

Der Vergleich zwischen besagter alten Bettel und benannter Spezies auf dem Gebiet der Journalistik paßt nämlich, als sei er nach Maß geschaffelt. Das wird sofort klar, wenn man beide vergleichend bei der „Kundenwerbung“ beobachtet. Die Methoden, angefangen vom herabgesetzten Tarif über die Verleumdung der Konkurrenz und die aufdringliche Darstellung der eigenen Vorzüge bis zur liebenden Eingabe an jeden Zahlungsfähigen — das alles sind so charakteristische Parallelen, daß ein anderer Vergleich überhaupt nicht in Frage kommt. „Neben allem das Geschäft, das Geld verdienen“ — das sind die Leitmotive auf beiden Seiten, und dem hat sich alles andere unterzuordnen. „Dienst am Kunden“, das Modewort der Zeit, erhält in diesem Zusammenhang seine treffendste Bedeutung. „Dienst am Kunden“ — das heißt: hinweg mit jeder Verantwortung, fort mit der journalistischen Erziehungsaufgabe, los von allem Persönlichen; das beste Geschäft macht, wer sich dem Kunden am angenehmsten zu machen versteht. Nur keine bitteren Wahrheiten; die liebt der Spießer nicht, drum streut ihm Weißbrot, gibt ihm Redereien, zeigt ihm Welt und Zeit im Schein der rosafarbenen Boudoirlampe und macht es ihm bequem — dann schläft er gut und spart das Denken; was will er noch mehr? Gebt ihm zu Frühstück und Abendtrunk ein Blatt, das sich harmonisch einfügt zu Honigbrötchen und süßem Wein; zeigt ihm die Welt, wie er sie sehen mag — und ihr werdet ihn ewig als dankbaren Abonnenten erhalten. Vergeßt aber nicht dabei, ihm gruselig zu machen vor allem, was euerem Geschäft abträglich sein könnte, denn des Spießers Treue bestand von je in seiner Furcht vor der Unbequemlichkeit. Also zeigt ihm als bequem, was euch selbst un bequem zu werden droht, und er bleibt genau so treu, als wenn er selbst einen Charakter hätte.

Setzt euch den Gut aus Haupt mit den künstlichen Blumen einseitiger Phrasen und billiger Gemeinplätze; fahrt in die knallig bunte Bluse der Frühstücksentfaltungen; geht einher in den schiefgetretenen Stöckelschuhen angemessener „Bildung“ — und euer Existenz ist gesichert, solange der Spießer lebt. Denn ihr seid Geist von seinem Geist!

Wenn aber einst des Spießers Ständlein schlägt im deutschen Vaterland,

wenn ein frischer Wind weht durch staubige Kammern und Winkel — dann wird man mit Erstaunen lesen können in der Generalanzeigerpresse, daß sie eigentlich doch immer das gleiche gewollt hat, wie die Nationalsozialisten, sie sei doch auch schon von jeher so nationalistisch gewesen und so sozial, so sozialistisch — ja, und der Antisemitismus sei doch eigentlich etwas durchaus Selbstverständliches —

Wir werden den Herrschaften was hinstellen!

Sie wird nicht mehr jung und nicht mehr schön, die alte Bettel, auch wenn sie ein neues Gewand anzieht und einen Stahlhelm aufsetzt.

So mag denn der Dinrentragödie letzter Akt auf der politischen Bühne abrollen. — — —

In Freiburg erscheint u. a. noch eine Zeitung. Was ist naheliegender, als daß sie sich „Freiburger Zeitung“ nennt!

Ein bedeutendes Blatt! Bald farblos bis auf die Knochen, bald wieder schildernd wie ein Chamäleon steht sie „grundsätzlich über der Sache“, wie ein Seiltänzer, der die Balancierstange verloren hat, ist „selbstverständlich“ stramm national, hat auch durchaus „soziales Verständnis“, ist sogar beinahe völlig, lehnt aber natürlich den „verheerenden Antisemitismus“ als unwürdig ab. Denn die Juden sind auch Menschen. Im übrigen ist sie beim „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft“ als Maurerpolier tätig und nimmt auch Inserate von christlichen Geschäften auf. Was selbstverständlich auf den redaktionellen Teil keinen Einfluß hat, denn auf Christentum und Deutschtum braucht man ja keine besonderen Rücksichten zu nehmen. Denn der deutsche Geschäftsmann inseriert ja nicht zu expresserischen Zwecken. Im übrigen ist die „Freiburger Zeitung“, wie sie selbst versichert, völlig „unabhängig“, womit natürlich gesagt sein soll,

daß sie schreiben kann, was sie will — im übrigen will sie natürlich nur schreiben, was der Spießer lesen will — und wofür wäre man „unabhängig“, wenn man sich mit Juden oder andern Volksfeinden überwerfen müßte? Kein Mensch muß müssen, und die Freiburger Zeitung erst recht nicht, und darum ist sie unabhängig. Was sie nicht darf, das will sie lieber gleich gar nicht, was sie muß, das will sie sowieso; was sie getan hat, das hat sie gewollt — na also, kann man überhaupt noch unabhängig sein? Die leider verunglückte „Unabhängige Sozialdemokratie“ führte direkt ein Sklavenleben gegen die Freiburger Zeitung — so unabhängig ist sie, und wenn es keine Abonnenten oder Inserate gäbe, kein Konto bei der Basler Kantonalbank und kein Geschäftsunternehmen, dann wäre die „Freiburger Zeitung“ überhaupt das Unabhängigste auf Erden — noch unabhängiger wie die Spinne am Faden oder der Dieb am Galgen.

„Unabhängig“ — das ist die moderne Prägung für charakterlos! „Unabhängig“ — das heißt: nur keine Stellungnahme, die irgendwo anecken oder das Geschäft verderben könnte! „Unabhängig“ — das bedeutet, alles in einem verwaschenen, neutralen Lichte zu sehen, heute so und morgen anders; und nur dort wird man zum todesmutigen „Kämpfer“, wo die Konkurrenz droht. Die geschäftliche Konkurrenz.

Von der nationalsozialistischen Bewegung an sich hatte die Freiburger Zeitung zunächst keinerlei Konkurrenz zu befürchten. Sie nahm daher auch gegenüber dem Nationalsozialismus die ganze Zeit her jene wachstumsverwonnene Stellung ein, wie sie bei der Generalanzeigerpresse üblich ist.

Nun aber erscheint seit einiger Zeit in Freiburg der nationalsozialistische „Al-

„Einheitsfront der SPD. und KPD.“

Gernsbach. Wir haben in dem vor kurzem erschienenen Artikel „Die Syntemtreuen in Gernsbach“, — der, nebenbei bemerkt, einige Gernsbacher Spießerherzen bedenklich in Aufregung versetzte — bereits darauf hingewiesen, daß es innerhalb der Sozialdemokratischen Partei in Gernsbach erheblich nach Krisenstimmung aussieht. Der unaufhaltsame Vormarsch des National-Sozialismus und im Gegensatz dazu die Ausichtslosigkeit der marxistischen Bonzen, ihre Stellungen halten zu können, veranlaßt die besonders roten Genossen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, gegen ihre eigenen „bewährten“ Führer zu opponieren. Zu den „bewährten Führern“ gehört natürlich in Gernsbach der Jude Moritz Stern, der vor kurzem noch in einer kommunistischen Versammlung zur Diskussion sprach und zu allem Ueberfluß noch eine Mitgliederversammlung mit dem Thema: „Die Kommunisten und wir“ veranstaltete. Der Zweck dieser Mitgliederversammlung war zu durchsichtig, um die Angelegenheit als harmlos erscheinen zu lassen. Der Jude Stern fürchtete eine kleine Meuterei seiner Untertanen zu gunsten der KPD.

Was wir vermuteten, ist inzwischen tatsächlich eingetreten. Am vergangenen Sonntag sprach in einer kommunistischen Versammlung in Gernsbach der berühmte Karlsruher Stadtrat Bauer. Zu dieser Versammlung erschienen natürlich auch einige Genossen aus dem verwandten sozialdemokratischen Lager. Genosse Quist, ein zu Unrecht in Deutschland noch beschäftigter Holländer, fiel bedingungslos auf das von Bauer gepriesene „Paradies“ herein und zollte gehührend Anerkennung. Wir haben nichts

dagegen, möchten jedoch nur den Wunsch äußern, daß dieser Holländer möglichst bald auch seinen Wohnsitz nach Rußland verlegt. Bemerkenswert für uns waren die Ausführungen des zweiten Genossen, des sozialdemokratischen Stadtverordneten und Sprechers im Bürgerausschuß, Emil Langenbach. Nachdem derselbe sein Einverständnis mit den Worten Bauers mehrmals betont hatte, erklärte er wörtlich: „Er und ein großer Teil seiner Genossen würden es sehr begrüßen, wenn die Einheitsfront zwischen SPD. und KPD. baldigst zustande käme, wenn notwendig auch über die Köpfe ihrer eigenen Führer hinweg.“

Wir sind dem Genossen Langenbach für dieses offene Geständnis einer roten Seele dankbar. Wir wissen nun, wie es innerhalb der Mitgliedschaft der Gernsbacher Sozialdemokratie aussieht. Die Unzufriedenheit in diesen Reihen, hervorgerufen durch Versprechungen ihrer „Führer“ und deren Nichterfüllung, führt zwangsläufig zur Meuterei. Wir gebühren der KPD. übrigens dieses Erfolgs. Sie wird einen Schrei mehr in ihren Reihen gut gebrauchen können.

Wir dürfen wohl ein wenig gespannt sein darauf, wie sich diese Angelegenheit weiter entwickelt. Es ist anzunehmen, daß Langenbach einen Teil seiner Genossen hinter sich hat, der andere Teil der Mitglieder jedoch mit dieser Verbrüderung zwischen SPD. und KPD. nicht einverstanden sein wird. Das Ganze kann als der Anfang vom Ende der Gernsbacher SPD. bezeichnet werden. Es sollte uns nicht wundern, wenn der Jude Stern eines schönen Tages mit seinem gleichartigen Anhang als schäbiger Rest der SPD. in Gernsbach übrig bleibt. Teja.

manne“, — und damit fühlt sich die Freiburger Zeitung an ihrem empfindlichsten Nerv gefügelt: am Geldbeutel, denn es ist ein offenes Geheimnis, daß überall die Auflageziffern der farblosen Presse zugunsten der nationalsozialistischen Zeitungen erheblich zurückgehen, denn das Volk hat es satt, mit faden Wasserjuppen gefüttert zu werden und greift zu Blättern, die den Mut haben, schwarz als schwarz und weiß als weiß zu schildern.

Also gräbt die Freiburger Zeitung in ihrem hohen Alter noch das Kriegsbeil aus und zieht zu Felde, wie weiland Don Quixote, als er gegen die Windmühlen ritt! Ein erhebender Anblick!

Hören wir sie selbst! „Ein offenes Wort der Freiburger Zeitung an ihre Freunde und Gegner!“ betitelt sie ihren schwungvollen, über zwei Seiten gehenden Aufruf und beginnt:

„In Notzeiten wie der unsern wird, wider alle Vernunft, das Trennende auf die Spitze getrieben.“

Hört ihrs? Das Trennende wird auf die Spitze getrieben! Dort sitzt und weiß sich nicht zu helfen. Und nur die Freiburger Zeitung kann es retten! Darum fährt sie fort:

„Die Verzweiflung glüht die Gegensätze heraus (die Verzweiflung glüht die Gegensätze heraus!) und die politische Demagogie macht damit unter verschiedenen Aushängeschildern ihr Geschäft.“

Bitte, stellen Sie sich das illustriert vor: die „politische Demagogie“ sitzt als Tröblerin im Kramladen, hat draußen Aushängeschilder angebracht: „Prima Gegensätze, frisch herausgeglüht, noch nie so billig!“ oder „Macht euren Kindern Freude! Kein Weihnachtstisch ohne meine frisch herausgeglühten Gegensätze!“ und macht ein Bombengeschäft. Es kommt aber noch dicker:

„Die politischen Leidenschaften greifen zu Mitteln, die der Zweck heiligen soll, die aber (aber!) zu nichts anderem als zum Austrag eines — wenn auch zunächst geistigen — Bürgerkrieges führen.“

Ein geistiger Bürgerkrieg! Denk mal an!

Auf den Barrikaden der Wissenschaft knattern die Maschinengewehre des Geistes, höllern feilsche Handgranaten, krachen psychische Handbiken, und mit aufgepflanztem Federkiel treten die politischen Leidenschaften zum Sturm an. So ungefähr mag sich die Freiburger Zeitung den „geistigen Bürgerkrieg“ vorstellen. Und fürwahr, er ist fürchterlich! Wer weiß, wieviele treue Abonnenten des ach, so gebildeten Blattes auf der blutigen Walstatt schon geblieben sind! Ja, noch schlimmer:

„Bisher Geltendes wird diskreditiert, Geachtetes verunglimpft, Gegenmeinung verächtlich.“

Darwohl, genau so ist es! Für wie hochanständige Leute galten noch vor kurzem z. B. die Sklareks — heute werden sie in schamloser Weise „diskreditiert“. Wie hoch hat man den Pelzmantelbürgermeister Böß geachtet — heute wird er in unerhörter Weise „verunglimpft“. Und welsch hohe Meinung hatten die Berliner Magistratsbeamten von den Sklarekschen Geschäftspraktiken — heute werden sie der Verführung verdächtig! Ja, die Freiburger Zeitung hat recht, es ist nimmer schön auf dieser Welt der „Radikalkamen“ (das schöne Wort sollte sie sich patentieren lassen!).

In dieser ergötlichen Phraseologie, die lebhaft an die blumenreiche Sprache des Diktens erinnert, geht's weiter bis zum Erbrechen. Die einfältigsten Sprüche häufen sich zu phantastischen Satzgebilden, aus deren Hohlheit so recht die Ideenlosigkeit und Gedankenarmut der Geschäftspresse hervorleuchtet. Mit der Arroganz der Halbbildung begibt sich dieses erstaunliche Weltblatt sogar auf das Gebiet der Biologie und erledigt kalt beim Abonnentenfang so ganz nebenher und im Vorübergehen das Problem der Judenfrage. Ganz einfach ist das. Etwa so:

„Die nationalsozialistische Presse bemüht sich, unter dem Vorwand der Judenfreundlichkeit die nationale Gesinnungseinstellung der Freiburger Zeitung zu verächtlichen, beim in Frage zu stellen. In dieser Bräutierung haben wir lediglich zu bemerken, daß unser Standpunkt den Juden gegenüber differtiert wird von dem Gefühl der Toleranz und Gerechtigkeit.“

Bitte: auf der Redaktion der Freiburger Zeitung sitzt „das Gefühl der Toleranz“ hinterm Schreibtisch und „diktirt“ (Fortsetzung auf Seite 7)

der F. B. den Standpunkt, wie der Herr Direktor seiner Stenotypistin fabelhafter Betrieb! Und ein herrlicher Standpunkt! Wir würden ihn uns auf der Stelle zu eigen machen, wenn umgekehrt der jüdische Standpunkt gegenüber dem deutschen arbeitenden Volk ebenfalls „diktiert“ würde vom „Gefühl der Toleranz und Gerechtigkeit“! Doch — solange „ex oriente lux“ (zu deutsch: das Gelichter aus dem Osten!) namens Katzenellenbogen usw. in Deutschland die erste Güte geist, ist mit uns nicht zu verhandeln. Nachher — wir stehen nicht an zu versichern, daß es für uns kein sympathischeres Volk gibt als die Juden — vorausgesetzt, daß sie dort sind, wo der Pfeffer wächst!

Doch weiter schreibt die Freiburger Zeitung:

„Den Juden in Bauck und Bogen vaterländische Wurzelständigkeit und nationale Gesinnung abspreschen zu wollen, ist eine Einfältigkeit...“

Da sind wir durchaus der gleichen Meinung. Nationale Gesinnung — es gibt überhaupt kein Volk, das so unbedingt national-völkisch eingestellt ist, wohlgeachtet: jüdisch-national, wie die Juden. Und ihnen die vaterländische „Wurzelständigkeit“ abspreschen zu wollen, das ist allerdings eine „Einfältigkeit“ — apropos, was ist denn das eigentliche „Wurzelständigkeit“? Vielleicht vermag der Briefkasten der Freiburger Zeitung über diesen seltsamen Begriff Auskunft zu geben? Wurzelständigkeit?

Man sieht, daß es eben doch nicht empfehlenswert ist, innerhalb der Geschäfts-reklame Doktorarbeiten über die Judenfrage vom jüngsten Redaktionsstift ver-fassen zu lassen.

Doch weiter im Text:

„Was die nationale Gesinnung der Frei-burger Zeitung im übrigen anbelangt, spricht für sie ihr 150jähriger Dienst am Volk, der vom ersten Tag bis heute von der Verantwortung einer hohen Berufung, diesem Freund, Berater und Helfer zu sein, getragen war und ist.“

Wenn man sich durch diesen Schwulst hindurchgearbeitet und von der „natio-nalen Gesinnung im übrigen“ (1) wie-derholt hat, dann bleibt als Kern-sache übrig, daß die Freiburger Zei-tung schon 150 Jahre auf dem Buckel hat. Nun, Altwerden ist kein Verdienst, das kann schließlich jeder Idiot — aber es ist doch bezeichnend, daß das bemerkens-werte Blatt als Beweis für seine natio-nale Zuverlässigkeit nichts anderes an-zuführen hat, als seine Senilität! Dann aber wird's pikant:

„Gelegentlich wird ihr von den einen Farblosigkeit vorgeworfen, weil sie, ohne sich auf eine Partei festzulegen, sich jeweils ihre Stellungnahme zu den politischen Ta-gesfragen vorbehaltlich (vorbehaltlich). Von den anderen wird sie in ebenso billiger wie ein-fältiger Weise der Charakterlosigkeit be-schuldigt, weil ihre Haltung sich auf keinen parteipolitischen Renner bringen läßt und Schwankungen unterworfen scheint (scheint!).“

Allerdings, das scheint uns auch so. Genau so kommt uns das vor. Inter-essant aber ist es, wie sich die Frei-burger Zeitung gegen diese Vorwürfe, de-ren Berechtigung sie ja ohne weiteres einräumt, zu verteidigen versucht:

„Wenn wir uns keiner Partei verschrie-ben und keiner Partei Programm als das alleinsetzende anerkennen, dann aus-der Erkenntnis heraus, daß es keine poli-tische Unschicklichkeit gibt, sondern daß jedem Menschenwerk Lücken, Fehler und Unzu-länglichkeiten anhaften, denen gegenüber Distanz und Kritik geboten sind. Jede Par-tei hat ihre Schwächen und Verleger wie ihre Verdienste — wir bekämpfen jene und halten uns an diese in möglichst objektiver Abwägung und nur in dem einen Sinn, alle positiven Kräfte im Interesse der völk-ischen (oh!) Einigung und eines deut-schen Wiederaufbaues zusammenzuführen. Darum lassen wir, frei von parteipoliti-schen Scheuklappen und einseitigen Bin-dungen, in unseren Spalten verschiedene Meinungen zu Worte kommen und den Le-ser zum Zweck einer eigenen Urteilsbildung Einblick nehmen in die Gesamtheit der Geistesverfassung unserer politischen Par-teien und Bewegungen, ohne in den Fel-der zu verfallen, Grundlinie und Basis der eigenen nationalen Erkenntnisentwicklung zu verlieren oder die Struktur der heutigen Entwicklungsgänge durch Phrasologien zu vernebeln.“

Genug vernebelt! Es ist wirklich an-berodentlich kühn, aus Farblosigkeit und Charakterlosigkeit auch noch ein Ver-dienst zu konstruieren! Das Fehlen par-

teipolitischer Bindung (Scheuklappen!) gibt die Freiburger Zeitung als beson-ders lobenswerte Eigenschaft und als Begründung für ihre schwankende Hal-tung an — und redet damit glatt am Problem vorbei! Man kann Charakter besitzen auch ohne parteipolitische Abstem-pelung, denn nicht auf diese kommt es an, sondern auf die Klarheit und Festig-keit der Weltanschauung. Und diese sprechen wir der Freiburger Zei-tung sowohl, wie der gesamten General-anzeigerpresse rundweg ab! Es sei denn, daß man geschäftlichen Vorteil als „Welt-ananschauung“ bezeichnen will? „Ubi bene, ibi patria“ — in diesem Fall sinngemäß überseht: Wo der Profit, dort die Frei-burger Zeitung!

Es ist natürlich, daß ein Blatt von sol-cher Charakteristik auch seine welt-ananschauliche Rechtfertigung parat hat. So-zuzagen die Philosophie des schwanken-den Rohres. Die sieht so aus:

„Was sich in einer Zeitung, die nicht an der Rente liegt, spiegelt, ist das Gesicht (wirklich Gesicht?) der Zeit mit dem stän-digen Wechsel von Ursache und Wirkung ihres Geschehens. Es gibt keine absolute Wahrheit, auch nicht in politischen Doktri-

nen. Jede Stellungnahme bleibt zeitge-bunden (1), und jedes Urteil relativ. Mor-gen schon kann eine veränderte Situation die Korrektur einer gestern vertretenen An-sicht bedingen (11). Nichts (geschäftlich-) ruinöser als Dogmenstarrheit. Unser heu-tiges Unglück (den Abnennenschwund?) haben wir zum größten Teil ihr zuverdanken. Anpassung an das Gegebene, sofern es als das augenblicklich Richtige erkannt wurde, entspricht weit mehr als Prinzipien-reiterei den Geboten der nationalen Inter-essen.“

„Anpassung an das Gegebene“? Das ist die Argumentation des Charakter-lumpen! Wenn morgen der Bolschewis-mus seine Blutherrschaft in Deutschland errichtet — dann wird die Freiburger Zeitung eben bolschewistisch sein. „An-passung an das Gegebene“! Und wenn Frankreich auf die Idee kommen sollte, Südbaden zu annektieren, dann — „An-passung an das Gegebene“! Genau so, wie sie 1918 umgelernt haben über Nacht, wie damals der hurratriotische Ton unvermittelt einem säusliglichen Pazifi-stengesäusel wich, so werden sie sich auch künftig „an das Gegebene anzupassen“ wissen, und wenn „das Gegebene“ der Untergang der Nation sein sollte! Das ist es, was als Kern übrig bleibt, wenn

man die Sprüche der Freiburger Zeitung ihrer Phrasenhülle entkleidet!

Eine alte Bettel geht auf Kundenzug. Sie wird wenig Gegenliebe finden, denn ihre Zeit ist vorbei, und ihre Kammer-gestalt ist erkannt unter den verwasche-nen Zittern.

Sie hat sich überschätzt. Wir haben den Kampf nicht vom Zaune gebrochen, aber wir weichen ihm auch nicht aus! Getreu unserer Parole, auf jeden Ra-delstich mit einem Hammerschlag zu ant-worten, treten wir an mit der Frei-burger Zeitung, und es wird sich finden, wer den Kürzeren dabei zieht.

Wer nicht für uns ist, der ist wider uns! Und darum kann uns alles schlei-mige Geschmier, mit dem die Freiburger Zeitung sich zu vernebeln versucht, um ungestört ihr Geschäft weiter zu treiben, nicht beeinflussen und nicht abhalten.

Sie hat den Kampf gewollt — sie soll ihn haben.

Und — da wir schon mal zu den „Na-dikalismen“ gehören, so wird er geführt werden — bis zur brutalen Vernich-tung!

Alles klar?

Tornax.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Unsere Milch

Helfst dem bedrängten Bauernstand

Aus Freiburg wird uns geschrieben:

Dieser, seit geraumer Zeit landauf, landab immer lauter werdende, sehr berechtigte Ro-t-ruf in Verbindung mit einigen anderen Gründen, auf die ich gleich näher eingehen werde, veranlaßt uns, die Forderung unse-res täglichen Milchbedarfs einem Landwirt zu übertragen. Dieser Mann garantierte uns, reine, gesunde Milch zu liefern, denn der Bauer darf nur dann direkt an die Stadt-bevölkerung abgeben, wenn er die Bestim-mungen des Milchgesetzes vom 31. 7. 1930 und die Verordnung über das Inkrafttreten die-ses Gesetzes vom 15. 5. 1931 — als da sind: Gesundheitszustand und Pflege der Milch-kühe, Sanatoriumen von Stall, Vieh und Milchgefaß u. dal. — unter ständiger Kon-trolle der maßgebenden Behörden genau ein-hält.

Diese unter solchen gesetzlichen Kontrollen gelieferte Milch kommt einer „Milchhof-milch“ sicher gleich, la muß sogar besser sein als diese, denn sie stellt ein Naturprodukt dar und kein Präparat, zu dem sie im Milchhof gemacht wird. Außer dem Vorzug, ein Natur-produkt zu sein, hat die Stallmilch noch den Vorteil, einige Pfennige billiger zu sein als die vom Milchhof gelieferte; eine beachtliche Tatsache in unserer Zeit! Solche Faktoren werden noch viele Verbraucher bewegen ha-ben, dem Milchhof zu kündigen. Daß dieser den Ausfall an Kunden spürt, geht schon da-raus hervor, daß Flugzettel verteilt wurden, um die noch treuen Kunden frampfhaft zu halten. Aber schließlich kann ja jeder ein-kaufen, wo er Lust hat.

„Helfst dem bedrängten Bauernstand!“, so heißt es. Also: Wir nehmen deshalb unsere Milch vom Landwirt direkt. Dadurch be-kommt dieser pro Liter erheblich mehr Geld in die Hand, als er es bei Ablieferung an den Milchhof bekommt. Dem mit Genossen-schaftsgeist im derzeitigen Sinne arbeitenden Milchhof e. G. m. b. H. freilich entfällt durch solchen Kundenverlust ein minus an „Unter-nehmergewinn“. Diese Tatsache scheint a-u-ßen Kreisen sehr auf die Nerven zu gehen, denn heute erklärte unser Milchlieferant, daß er von jetzt an seine Milch in den Milchhof fahren und dort pasteurisieren lassen müsse!

Diese überflüssige Prozedur kostet dem ar-men Landwirt pro Liter 2 Pf.; für den Milchhof hingegen bedeutet sie einen weiteren Unternehmergewinn. In der berechtigten An-nahme, daß diese Mitteilung auf Wahrheit beruht, möchte ich anfragen, ob man denn heute nicht mehr einkaufen darf, wo und was man will! Wir wollen keine pasteurisierte Milch, wir wollen Stallmilch — Naturmilch!! Anscheinend kommen wieder Zeiten, in denen man aufs Land muß, um Milch zu han-deln, wenn man in der Stadt nicht mehr nach freier Wahl verfahren kann.

Es gibt in Baden viele Städte und Dör-fer, in denen kein sogenannter „pasteurisie-render Milchhof“ existiert, und doch sind die Menschen dort mindestens ebenso gesund, wie hier in Freiburg.

Will der Milchhof hier seine gesundheits-fördernde Arbeit in Bezug auf Keimtötung ausführen, so steht dem nichts im Wege, nur darf daraus kein Zwang für den Verbrau-cher entstehen, ansonsten man sehr leicht in Versuchung käme, zu vermuten, daß der Milchhof sich garzusehr mit „Geld machen“ befaßt. Oder sind in Oberbaden die Kühe tuberkulös als anderswo?

Wenn hohe Persönlichkeiten Landeser-holungsaufenthalt nehmen, trinken sie meines Wissens auch ihre unpasteurisierte „Ruh-warmer“, ohne nachteilige gesundheitliche Fol-gen. Warum soll das der Freiburger Bürger nicht auch tun dürfen?

Wird der Landwirt vielleicht von gewisser Konkurrenz um diese „riesige“ Mehreinnahme beneidet? Etwas anderes scheint es kaum zu sein, denn der Bauer liefert doch unter jenen-ger Kontrolle in Hinsicht auf Sauberkeit und Gesundheit. Wird trotzdem der Käufer auf irgendeine Weise übervorteilt, so ist das keine Sache und nicht die anderer Kreise. Es ist doch reichlich eigenartig, um was man sich heute bekümmert!

Solch Besorgnis um das leibliche Wohl des Einzelnen mutet in einer Zeit, in der große Volksfeste, Gott sei's geklagt, direkt dem Verhungern nahe sind, geradezu grotesk an. Also müssen andere Gründe dahinter stecken!

Meines Wissens hat der Hausfrauenbund sich in dankenswerter Weise bereits um die Wahrung der Interessen der hiesigen Ver-bräucherin bemüht — mit welchem Erfolg, ist mir nicht bekannt.

Interessant wäre es jedoch, zu erfahren, welchen Standpunkt die Landwirtschaftskam-mer oder sonstige landwirtschaftliche Berufs-verbände zum Thema „Landwirt und Milch-hof“ einnehmen und welche Schritte sie zur schleunigen Rückgängigmachung der neuesten Pasteurierungsmaßnahme bzw. zur Wäh-rung der Belange des Bauernstandes zu tun gedenken. Hinsichtlich des Milchbearbeitungs-zwanges verweise ich auf den § 12 (2), 1 in Verbindung mit § 32 des Milchgesetzes vom 31. 7. 1930.

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß durch derartige unverständliche Anordnungen unserer schwer ringenden Landwirtschaft wie-derum eine Mäßigkeit zur Verbesserung ihrer Wirtschaftslage genommen worden ist, und daß man der für das Beheben der Na-tion so dringenden notwendigen Sebung des Bauernstandes hiermit einen schlechten Dienst erwiesen hat.

Die vor einigen Tagen gemeldete verab-schlagungswidrige Ermordung eines Offen-burger Gerichtsvollziehers durch einen Land-wirt im Anstalt ist wohl Gott eine gar grausame, aber unzweideutige Warnung. Man ziehe gefälligst die Schlafmütze von den Ohren herunter und denke über Ursache und Wir-kung all dieser Dinge einmal scharf und gründlich nach.

Einer im Namen vieler, die unserem Bauernstande helfen wollen. Heil!

Zur Ausbildung der Jungbauern

A. Doerr jr., Rheinischhofshaus.

Die gegenwärtigen katastrophalen Ver-hältnisse in der Landwirtschaft sind dazu an-gelan, unseren Jungbauern jede sach-liche Ausbildung zu verleißen, weil sie keine Möglichkeit sehen, ihre Kenntnisse nutzbringend, d. h. für ihren Betrieb ge-winnbringend, zu verwerten.

Aber nichts wäre verkehrter, als jetzt den Kopf hängen zu lassen. Was ein richtiger Bauer ist, läßt sich durch die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwie-rigkeiten — so groß sie auch unter diesem System geworden sein mögen — nicht unterkriegen. Der deutsche Bauer weiß, daß im dritten Reich dem Bauernstand als Nährstand im Rahmen einer geun-den deutschen Nationalwirtschaft wieder

Recht werden wird. Ein gesundes und tüchtiges Bauerntum wird die Grund-lage für den kommenden deutschen Staat sein. Daraus erwächst für den deutsch-bewußten Bauer eine schwerwiegende Verpflichtung gegenüber seinem Volke, sich zu rüsten und bereit zu sein, damit der Nährstand im Reiche Adolf Hitlers seinen großen Aufgaben auch in jeder Hinsicht gerecht werden kann.

Darum Jungbauer, laß Dich nicht durch die Gegenwart entmutigen! Du lebst für eine bessere Zukunft, und deren glück-liche Gestaltung sollst Du an Deiner Stelle selbst in die Hand nehmen. Unter-schätze nicht die gediegene sachliche Aus-bildung. Besuche die landwirtschaftlichen Fachschulen, die Dir ein reiches Wissen auf allen Gebieten vermitteln können. Du wirst es später gut gebrauchen kön-nen!

Wetterbericht

Das kontinentale Hochdruckgebiet be-herrscht noch immer die Wetterlage. Die kräftige Luftzufuhr aus Osten hat bei uns nachgelassen, so daß sich über den Niederun-gen eine Hochnebeldecke entwickeln konnte, über die nur der Hochschwarzwald hinaus-tragt. Die Temperaturen lagen heute früh unterhalb der Nebeldecke zwischen -1 und -8 Grad, darüber hatte der Feldberg 1 Grad Wärme bei heiterem Wetter und Alpenföhn.

Über den Ozean zieht gegenwärtig eine große Zirkone heran, die uns aber noch keine Verschlechterung des Wetters bringen wird. Ihre Annäherung wird bei uns die Luftzufuhr aus dem östlichen Kältenebiet zu-nächst wieder verstärken, später ist Milderung des Frostes zu erwarten.

Wetterausichten für Donnerstag, 8. Dezbr. Vorherrschende wesentliche Änderung des bestehenden Witterungscharakters.

Nachfolgende Wetterverhältnisse

Orte	Wetter	Schnee-decke cm	Temperatur 7 ^h 12 ^h 1 ^h 3 ^h
Wertheim	bedeckt	—	-3 -0 -4
Königsstuhl	bedeckt	—	-5 -3 -6
Karlsruhe	bedeckt	—	-1 2 -2
B.-Baden	1. Nebel	—	-1 3 -5
Villingen	bedeckt	—	-5 -1 -5
B. Durrheim	bedeckt	—	-6 -1 -8
St. Blasien	bedeckt	—	-5 -1 -6
Radnweiler	bedeckt	—	-2 3 -2
Feldberg	heiter	1	1 -1

Wasserstand des Rheins

Waldshut	182	-2
Basel	-14	-1
Schutterinsel	37	-1
Rheinweiler	-185	+0
Rehl	191	-3
Marau	349	-4
Mannheim	219	-7
Gaub	152	-4

Hauswirtschaftlicher Dr. Otto Wader.

Verantwortlich für Außenpolitik, Innenpolitik, Geistes- und Religionen: Dr. Otto Wader; für Politik, Wirtschaft, Handel, Sport und Landeshauptstadt: Franz Frey; für Gemein-depolitik, Verkehrsangelegenheiten und politische Angele-genheiten: Adolf Schmid; für Angelegenheiten des Reiches: Adolf Schmid; für Angelegenheiten des Reiches: Adolf Schmid; für Angelegenheiten des Reiches: Adolf Schmid.

Wir beantragen:

Für die Selbstverwaltung

Antrag

Die Regierung wird ersucht, das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden hinsichtlich der Festsetzung der Bürgermeistergehälter wiederherzustellen.

Die Gehälter der Bürgermeister und Gemeindebeamten dürfen in den großen Städten nicht höher sein als derjenige des Landeskommisars, in den anderen Orten nicht höher als derjenige des Landrats.

Karlsruhe, den 24. Nov. 1931.

Nationalsozialistische Landtagsfraktion Baden

Schmidt-Bretten — Hagin — Köhler Kraft — von Marshall — Merk — Roth

Gegen den Eingemeindungsterror

Antrag

Die Regierung wird ersucht, in Artikel 28 der Haushaltsnotverordnung, wonach Gemeinden im Wege der Anordnung mit anderen Gemeinden vereinigt werden können den Satz „Die beteiligten Gemeinden sind vor der Vereinigung zu hören“ durch folgenden Satz zu ersetzen: „Die Vereinigung darf nur erfolgen, wenn sich die Mehrheit der wahlberechtigten Einwohner beider Gemeinden dafür ausgesprochen hat“.

Karlsruhe, den 24. Nov. 1931.

Nationalsozialistische Landtagsfraktion Baden

Schmidt-Bretten — Hagin — Köhler Kraft — von Marshall — Merk — Roth.

Warum nur in Baden?

Förmliche Anfrage!

1. Die durch die badische Haushaltsnotverordnung angeordnete Aufrückungs-

sperre bedeutet für die badische Beamtenchaft eine große Zurücksetzung gegenüber den Reichs- und der übrigen Mehrzahl der übrigen Länderbeamten.

Ist die badische Regierung bereit, diese Ungerechtigkeit, die notwendig in der Beamtenchaft das Gefühl aufkommen lassen muß, daß sie Beamte minderen Rechts seien, zu beseitigen, nachdem die Länder Preußen, Anhalt, Hamburg, Sachsen und Mecklenburg-Strelitz die Aufrückungssperre bereits wieder aufgehoben haben.

2. Dem Vernehmen nach soll die Ueberleitung der Nachzahlung der Gehälter entgegen der Vorschrift in der Haushaltsnotverordnung anstatt auf 2 Jahre auf ein Jahr verteilt werden.

Auch hierin liegt eine starke weitere Benachteiligung der Beamtenchaft, die in derselben starke Erregung verursacht. Wir ersuchen um Mitteilung, ob tatsächlich etwas Derartiges geplant ist.

Karlsruhe, den 24. Nov. 1931.

Nationalsozialistische Landtagsfraktion Baden

Kraft — Hagin — Köhler — von Marshall — Merk — Roth — Schmidt-Bretten.

Es ist durchaus nicht einzusehen, warum gerade Baden seine Beamten schlechter behandeln soll, als die übrigen deutschen Länder. Die Aufrückungssperre ist ein außerordentliches Unrecht gegenüber den breiten Massen des wertvollen Berufsbeamtentums.

Eine nur auf ein Jahr verteilte Ueberleitung zur Nachzahlung der Monatsgehälter wäre nicht nur für die Beamten, sondern auch für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand ein harter Schlag, da diese Maßnahme eine plötzliche Kaufkraftverschlechterung mit sich bringen würde, die bei der heutigen Wirtschaftslage unerträglich wäre.

für, daß jener Geist wieder Einkehr hält. Heraus aus dem jüdisch-marxistischen Bann. Sorgt dafür, daß das Hakenkreuz, die Fahne der Freiheit — sie ist für den Juden ein Schreck, wie für den Stier das rote Tuschentuch — auch vom Schmiedheimer Schloß grüßt. Bauer erwache!

Ist Art. 126 noch in Kraft?

Diesendorf (Amt Ueberlingen.) Kaum war die Gefahr der Eingemeindung unserer Gemeinde nach Ueberlingen überstanden, als das Gerücht aufstach, daß als Zusammenlegung der Gemeinden Diesendorf-Ueberlingen. Das Warum und Wozu war keinem verständlich, und weshalb durch Notverordnung noch weniger. Die am Sonntag auf dem Rathaus versammelte Wählerchaft war einstimmig entrüstet, denn selbst die Verfassung des Deutschen Reiches belagt in Artikel 127: Gemeinden haben das Recht der Selbstverwaltung. Also sollen wir rechtlos gemacht werden. Und wieso durch Notverordnung? Es wurde bewiesen, daß wir mit unserer Not noch selber fertig geworden sind und daß es nicht die kleinen Gemeinden sind, die verschuldet sind.

Nicht mit Unrecht wurde gesagt, daß größere Not zu bekämpfen wäre, daß es für uns Bauern bald besser wäre, statt der Steuern und Abgaben, wieder den Zehnten leisten zu dürfen, dann müßte in solch schlechten Zeiten auch nur der zehnte Teil gegeben werden.

Alle Wähler haben sich geschlossen in einer Eingabe gegen jede Aufgabe der Selbstständigkeit der Gemeinde zur Wehr gesetzt, vor allem auch, weil doch kein roter Pfennig dabei geparkt wäre und wir, neben 12-16stündigem Arbeitstag noch über Geld müßten aus dem Rathaus.

Der „politische“ § 218

Die Bolschewisten haben im Landtag einen Antrag eingebracht unter dem Titel „Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenen“. Wir können uns lebhaft denken, daß es den Börsen und Konjunkturwunderswerten erheint, ihre Mädelführer und Tschelisten wieder auf die Beobachtung loslassen zu können. Der badische Landtag wird ihnen diesen Gefallen nicht tun. Es grennen ohnedies genügend Bauernhöfe an badischen Land, „aus unbekannter Ursache“ nieder.

Interessant ist bei diesem Antrag noch, daß die Moskowiter zu den politischen Gefangenen auch diejenigen rechnen, die wegen § 218 StGB. (Mordtötung) verurteilt sind. Auch diejenigen Taten, die damit in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang stehen, sollen straffrei bleiben. Echt marxistisch!

Der jüdischen Parole, die gesündetliche und raffische Unterbödigung unseres Volkes zu betreiben, wird von Notfront, wie man sieht, getreulich Folge geleistet. Der rote Koalitionsgenosse des Zentrums, die Sozialdemokratie, leistet dem ja, wo immer es geht, Vorschub, wird aber trotzdem oder gerade deshalb für würdig befunden, am schwarzen Busen zu ruhen.

Wein so billig wie Wasser

Schmieheim. Die Gemeinde zählt 800 Einwohner, davon sind etwa 300 Juden. Also eine jüdische Hochburg ersten Ranges. Seit 12 Jahren steht die Gemeindepolitik unter Judas Stern. So wurde das Schloß — es gehörte einem Franzosen — gekauft, für einen Preis, der in keinem Verhältnis zum Wert steht. Solche Objekte sind für eine Gemeinde zu teuer, wenn sie geschenkt werden, weil die Unterhaltung zu teuer ist. Aber die Hauptsache war, daß der Franzose gut abgefunden wurde. Der Deutsche zahlt ja.

Dann wurde eine Wasserleitung gebaut. Nach dem kleinen Bauer frug man wenig. Die Hauptsache war, daß Juda die Bequemlichkeit hat, der Bauer aber bezahlen kann. Nach acht jüdischem Trid wurde der Mikgebur ein schönes Mäntelchen umgelegt, um den Bauer zu fangen, indem ein echt amerikanischer Jude eine Goldpende fandte. Die Gemeinde! hat nun dem Juden einen Ehrenbrunnen vor dem Rathaus errichten lassen. Die Gefestungskosten sollen über 1000 Reichsmark betragen. Der Bauer zahlt ja. Wir Nationalsozialisten aber, werden dermaßen Sorge tragen, daß er dorthin kommt, wo er hingehört. Das werden wir den heutigen Gemeindevätern versichern. Der kleinste Bauer, wenn von solch einem noch gebrochen werden kann, muß jährlich 33 RM. Wasserzins zahlen. Wasser, so teuer wie Wein. Das dieses Geld von vielen nicht aufgebracht werden kann, ist klar. Keller und Speicher sind voll, Absatz keiner vorhanden, trotz der vielen Hebräer.

Für das Liter Schmiedheimer Wein wird 18—20 Pfennig bezahlt. Wein so billig wie Schmiedheimer Wasser.

Dies ist der Ruin des Weinbauern. Und noch schläft der größere Teil der Schmiedheimer Bauern. Zwar sind bei den letzten Gemeindevahlen nationalsozialistische Gemeinderäte gewählt worden. Man glaubte das jüdische System brechen zu können, aber leider stehen uns vier Gegner gegenüber, die uns überflüssig machen.

Einmal sollte eine Naziverammlung stattfinden. Alles war vorbereitet. Im letzten Augenblick aber sagten alle drei Räte ab. Der Löwenwirt, Stubenwirt und Branerei-Ställe stellten also ihre Lokale nicht zur Verfügung. Merkt euch das, ihr Fahrer Nazi, wenn ihr nach Schmiedheim einen Ausflug unternimmt. Aber dennoch muß die jüdische Hochburg Schmiedheim gestürzt werden und die Hitlerfahne auf dem Rathaus flattern; bis unser Dorf judenfrei ist.

Wenn einst vom nahen Heidenkopf der Geist derer herfließt, die dort in den alten Ger-

manengräbern ruhen, trägt der Ostwind diesen über Schmiedheim hinaus in die Rheinebene, bis hinüber in die Vogesen. Vor diesem Geist hatten die Schmiedheimer Juden bis 9. November 1918 nur einen Schrecken. Darum, ihr Schmiedheimer Bauern, sorgt da-

Marktberichte

Badische Tabakverkaufsung in Schwellingen.

Der Landesverband badischer Tabakvereine hielt am 24. November in Schwellingen im Gasthaus „Zum Falken“ seine diesjährige Mittel- und Hauptgut-Verkaufsung ab. Zur Einschreibung gelangten aus 47 badischen Ortsgemeinden mit insgesamt 118 Vereinen 2319 Zentner Mittelgut und 43 100 Zentner Hauptgut. Die Sitzung währte über 8 Stunden und zeigte das Bild der augenblicklichen wirtschaftlichen Depression in stärkster Maße. Von den 43 100 Ztr. Hauptgut wurden rund 17 000 wegen zu niedriger Preise zurückgezogen; die Tendenz war von Beginn an flau bei stark gedrückten Preisen. Nachdem infolge zu niedriger Gebote sieben Vereine kurz nach Anfang der Sitzung ihren Tabak zurückzogen, sah sich Geschäftsführer Meisner veranlaßt, die Sitzung eine halbe Stunde zu unterbrechen zwecks Rücksprache der Pflanzern mit der Industrie und dem Handel. Meisner vertrat in der Beipredung die Interessen der Pflanzern und betonte, daß bei den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen auf beiden Seiten Rücksicht bei der Preisbildung genommen werden müsse. Nach Wiederbeginn gaben die Käufer zunächst etwas höhere Gebote ab, doch haften die Preise zum Schluß wieder stark ab. Den höchsten Preis erzielten 300 Zentner Hauptgut des Tabakbauvereins Mühlheim mit 60,20 RM. Im übrigen bewegten sich die Preise für Haupt- und Mittelgut von 52—63 RM. Es wurden verkauft:

Mühlheim I: 150 Zentner Mittelgut und 150 Hauptgut zu 66,20 RM pro Zentner. dto II: 150 M. und 150 H. zu 65,65. Blankenloch III: 30 M. zu 65, 70 H. zu 53,25, 170 leicht verpackt zu 40,25; Büchenau: 400 H. zu 62; Büchig: 140 H. zu 53; Ebingen I und II: 1175 H. zu 52; Eggenheim I: 100 M. und 400 H. zu 61,65; dto II: 180 H. zu 61,15; dto III: 200 H. zu 61,65; Freudenberger: 650 H. zu 57; Graben I: 190 H. zu 60 M. zu 63,40; dto II: 60 M. und 380 H. zu 62,95; dto III: 30 M. und 270 H. zu 63;

dto IV: 40 M. und 250 H. zu 62,85; dto V: 40 M. und 240 H. zu 63,15; dto VI: 30 M. und 150 H. zu 64,10; dto VII: 30 M. und 165 H. zu 62,10; dto VIII: 40 M. und 140 H. zu 62,60; dto IX: 55 M. und 150 H. zu 61,70; dto X: 20 M. und 150 H. zu 62,60; dto XI: 30 M. und 150 H. zu 62,10; Grenzholz: 300 H. zu 56,35; Grohlaggen I—IV: zu 1,550 H. zu 54; Hochstetten: 225 H. zu 56,65; Karlsruhe I: 45 M. und 185 H. zu 61,65. dto II: 20 M. und 220 H. zu 60,15; dto III: 220 H. zu 60,15; Rirrlach: 125 H. zu 57,55; Leopoldshausen: 30 M. und 100 H. zu 58,25; Zentershausen I: Gruppe I: 500 H. zu 53,90; dto Gruppe II: 250 H. zu 54; dto II: 300 H. zu 54,15; dto III: 460 H. zu 53,70; dto IV: 460 H. zu 53,75; dto V: 450 H. zu 54; Piesdolsheim: 100 M. und 200 H. zu 61,15; Piesdolsheim I: 10 M. und 300 H. zu 61,15; dto II: 250 H. zu 60,65; Mauern: 450 H. zu 65,10; Neckarbischofsheim: 35 Sandblatt und 300 H. zu 53,15; Neckardorf: 30 M. und 150 H. zu 63; Neuenbürg: 250 M. und 250 H. zu 61,80; Neutard I: 400 H. zu 61,05; dto II: 400 H. zu 60,75; dto III: 320 H. zu 62,15; dto IV: 300 H. zu 60; Ostersheim III: 180 H. zu 58,80; Philippsburg: 110 H. zu 53,55; Reilingen I: 750 H. zu 62; dto II: 100 M. zu 62,25, 525 H. zu 59,85; dto III Gruppe I: 150 M. zu 60,10, 400 H. zu 58,10; dto III Gruppe II 150 M. und 400 H. zu 62; dto IV: 250 H. zu 60,45; Rühlheim I und II: 300 H. zu 58,05; Sandhausen: 25 M. zu 60,15; Sandhofen I: 950 H. zu 55; dto II: bis IV: 2625 H. zu 55; Schriesheim: 550 H. zu 54; Schwellingen: 600 H. zu 55; Spöck I: 25 M. und 180 H. zu 63,65; dto II: 215 H. zu 63,50; dto III: 20 M. und 160 H. zu 63,10; dto IV: 10 M. und 150 H. zu 62,70; dto V: 22 M. und 115 H. zu 62,65. Teutsch-Neureuth: 120 H. zu 56; Wieslingen II: 450 H. und 80 Hagel zu 44,15; Zugenhausen: 80 M. und 120 H. zu 58,10; Zoffenheim I: 270 H. zu 58; dto II: 270 H. zu 54,65.

Kauft nicht bei Juden!

Spießballe erzählt

Baden-Baden. Daß die SPD allüberall in ihren Grundfesten wankt, ist eine bekannte Tatsache, deshalb versucht man mit allen Mitteln, dies dem Genossen zu verbergen. Man verschreibt sich einen Landtagsabgeordneten der SPD aus Thüringen, Erich Mader, der seines Namens, Lehrer von Beruf und zieht in Baden-Baden eine — Freidenker-Verammlung — auf, um mit einem andersklingenden Namen die ausbrechenden Schafe davon abzuhalten, zum Nationalsozialismus hinüberzuschwenken.

Also Flugblätter gedruckt über das Thema: „Freidenker im Kampf gegen Faschismus und Kultur-Reaktion.“

Die Versammlung stieg also am Montag, den 23. November im Sängersaal Aurelia.

Man sollte nun annehmen, daß alles, was irgendwie Beine hatte, bei der SPD sich an diesem Abend im Aurelia einfanden würde, aber spärlich kamen die Genossen und Genossinnen kurz vor Beginn angerast und fanden — zu ihrem Entsetzen — den 400 Personen fassenden Saal bereits besetzt, einschließlich des Vorstandsstübes — mit lauter Nazis. Der Saal war den 25 Reichsbannerjünglingen schon vorher in die Gasse der Gefahren und mit zagendem Schritt positionierten sich 20 Männlein vor der Bühne, um über die Ordnung zu wachen. Mit trampschaft durchgedrückten Knien, überquerte der Versammlungsleiter, SPD-Genosse Hune, zum Rednerpult, kündigte unter dem Hohngeklächer der Nazis an, daß jeder Störer der Ordnung von den Beschützern des heutigen Systems, den Reichsbannern, unweigerlich entfernt würde. Die Nazis, sollte man meinen, wären nun angstvoll in sich zusammengefallen — nein, dröhnend erscholl ein Heil Hitler und die Versammlung konnte beginnen.

Der Tanz begann nun auch wirklich mit einer wüsten Gottlosenhebe des Freidenkers, SPD-Genossen Mader, daß ein anständiger Mensch unbedingt gegen diesen verhassten Edelquatsch des Redners Stellung nehmen mußte. „Religion ist Opium für das Volk“ wird hier gepredigt und durch Gebreden in der wirksamsten Art wird hier alles was hoch und heilig ist, in die Gasse gezogen. Deutscher Arbeiter, wie lange läßt du dir dies noch von deinen Wuzlein und Wuzzen gefallen? — Man sah es selbst an den Gesichtern der jungen Reichsbannerleute, daß ihnen die Art und Weise des Redners nicht behagte. Die anwesenden Nationalsozialisten sorgten dafür, daß der Redner gemäßigtere Töne anschlug — doch konnte er es sich nicht verlagern, auf lauthalle Zwischenrufe aus dem Saal mit unflätigen Beischimpfen — „halten Sie die Schnauze“ — zu antworten, was allgemein entrüstet zurückgewiesen wurde. Hierdurch in die Defensive gedrängt, zogen die Bannern nun die Polizei zu Hilfe, und diese mußte nun hinter dem Vorhange des Saales

Schüler einer Freidenkerverammlung sein. Etwas muß hier gesagt werden. Wo blieb hier die allerschärfste Zentrumspartei. Hier hätte Herr Professor Herr Gelegenheit gehabt, sein parlamentarischen Genie mit einem Kollegen zu messen, hier wären wir ihm sogar treue Sekundanten gewesen, doch bei derartigen wichtigen Gelegenheiten war er und sein Anhang nicht zu finden. Es ging ja nicht um das Zentruminteresse sondern nur um die Religion.

Der Redner im Gefühle der Sicherheit, kam nunmehr auf den Nationalsozialismus zu sprechen. Dabei entwickelte er eine Redegewandtheit, die ihm durch die anwesenden Rufe der anwesenden Nazis zu immer neuen Entgleisungen trieb. Daß dies Muster von Sozialfreidenker aus Thüringen kam, wußten wir ja vom Flugblatt, aber daß er seinen Worten nach zu schließen, mit unserem Pa. Minister Frid so oft zusammen kam, nicht. Er verstand es meisterhaft, aus Belanglosigkeiten Geschichte zu machen. Doch hierüber wundern wir uns, daß ein derartiger Freidenker sojuzente — nicht schon lange in Berlin bei seinen Obergewossen sitzt und mit ihnen berät wie man die Nazis vernichten könnte. Uebrigens war es schon zu sehen, wie die SPD- und KPD-Genossen so einträchtig Wange an Wange in dieser Versammlung mit ihrem, wenn auch schwachem Beifall, den Redner anzufeuern suchten; daß doch der Sozialdemokrat Osterloh — Dnambo II, früherer! — Reichsbannerhauptide — neben dem Kommunistenführer Geibel. Ihr paßt zusammen, wenn auch noch kleine Differenzen vorhanden sind, aber dessen ungeachtet: der deutsche christliche Arbeiter wird auch doch für den Verrat einer Führer am Volke die Quittung geben.

Daß unter den Augen der hohen Obrigkeit Gottlosenhebe getrieben wird, hat uns der Abend bewiesen. Wo bleibt hier die Notverordnung?

In der nachfolgenden Diskussion sprach ein Advokat, Herr Vinzinger und seine Worte waren allen anständigen Menschen aus dem Herzen gesprochen, dann sprach Pa. Stadtrat Bürtke unter dem Beifall fast aller Anwesenden und zeigte in berechneten Worten, wohin der deutsche Arbeiter durch seine Führer gekommen ist, wie trotz der ungeheuren Not unseres gesamten Volkes die Führer der SPD heute noch das deutsche Volk auslachten.

Mit dem Horst-Weißel-Lied wurde die rote Versammlung geschlossen, trotz aller Volkhet. Mit trotzigem Pöbel wird unsere Arbeit und es auch in Baden-Baden weiterkämpfen, bis das Volk von den Verrätern befreit ist.

Unser Kampf im schwarz-roten Seckreis

Altmannsdorf

Am Mittwoch, den 11. November fand die erste Versammlung im Dorort Altmannsdorf statt. Trotz eifriger Propaganda gelang es nur, etwa 15 Personen zusammenzubekommen, was jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen war, daß am selben Abend in einem anderen Gasthof in A. eine landwirtschaftliche Versammlung stattfand, welche von dem Großhändler der Bauern besucht war. P. Wegand sprach klar und erhellend über das Thema: Nationalsozialismus und Bauernstand, und erzielte reichen Beifall von den Anwesenden. Versammlungsleiter Ogris. Maier betonte gleich zur Eröffnung der Versammlung, daß die heutige Versammlung nur als eine Art Vorbereitung zu betrachten sei, und daß die Versammlung am folgenden Montag wiederholt werden würde, wozu die Anwesenden versprochen, ihrerseits werbend mitzuwirken. Am 11 Uhr wurde die Versammlung mit dem Horst-Wessel-Lied geschlossen.

Ligeltstetten

Am Donnerstag, den 12. November fand in Ligeltstetten im Gasthaus zur Krone eine Versammlung statt. Der Ort zählt etwa 200 Einwohner. Erschienen waren etwa 20 jüngere Burischen von 20-25 Jahren und etwa 5 ältere Bauern. Auch hier fanden die Ausführungen Wegandts besten Beifall. Einmütig wurde der Wunsch der Versammlungsteilnehmer laut, öfters derartige Versammlungen abzuhalten, was bisher mangels Rednermaterials nicht möglich war.

Dingelsdorf

4 Neuaufnahmen

Am Samstag, den 14. November wurde eine Versammlung in Dingelsdorf in der Wirtschaft des Zentrumsbürgermeisters Baumann, zum 1. Mal, abgehalten. Es waren etwa 25 Besucher anwesend, bei welchen die Ausführungen Wegandts ansehnlich auf besonders guten Boden gefallen sind. 4 Neuaufnahmen, 4 verkaufte Sonnenbrillen und 6. - M. Kampfschab waren das äußere Zeichen des Erfolges.

Langenrain / Freudental

Am Sonntag, den 15. November nachmittags fand in Langenrain mit Freudental eine Versammlung statt. Trotzdem der Ortsgeistliche im Nachmittagsgottesdienst es sich nicht verlagern konnte, den Besuch der Versammlung zu verbieten, hatten sich doch etwa 20 „Beherzte“ im Versammlungslokal eingefunden, während sich die weniger Mutigen den Vortrag von der Küche und vom Hausgang aus mit anhörten. Ein Schuhmachermeister, welcher sich durch sein mitgebrachtes Mitgliedsbuch als 25jähriger SPD-Mitglied auswies, betonte, daß er durch seine lange Mitgliedschaft bei der SPD nicht imstande sei, seine Gesinnung so rasch zu wechseln, erklärte sich aber mit dem Vortrag sowie unserm Programm voll und ganz einverstanden.

Zum zweitenmal in Altmannsdorf

Am Montag, den 16. November fand die Wiederholungsversammlung in Altmannsdorf statt, zu welcher etwa 35 Besucher erschienen waren. Im Gegenlag zur ersten Versammlung waren dieses Mal auch Marxisten erschienen, Angehörige der SPD und KPD. Zwei Diskussionsredner, die angeblich parteilos zu sein, bezweifelten von marxistischen Gesichtspunkten aus den Namen „Arbeiterpartei“, worauf ihnen jedoch vom Referenten die richtige Antwort erteilt wurde. Einige bekannte anwesende Kommunisten machten dumme Gesicht, als ihnen vom Ogris. Maier mitgeteilt wurde, daß Kommunisten keine Diskussion bekämen. 4 Anwesende erbaten sich Aufnahmehefte, die sie in Bälde abzugeben versprochen.

Insel Reichenau

Die schönste und letzte öffentliche Versammlung fand am Dienstagabend auf der Insel Reichenau, Gasthaus zum Wöhrn statt. Vornweg muß betont werden, daß die Bewohner der Insel Reichenau als besonders schwer zugänglich bekannt waren. Es waren etwa 40 Besucher anwesend, welche die Ausführungen Wegandts begeistert aufnahmen. Zwei Anfragen betr. Fürtenabstufungen und Reparationen beantwortete B. treffend, letztere unter Hinweis auf unsere zukünftige Außenpolitik. Beim Horst-Wessel-Lied erhoben sich einige Versammlungsbesucher und gaben ihrer Gesinnung durch erhobene Hand Ausdruck. M. 6. - Kampfschab und das bestimmte Versprechen, für das Zustandekommen einer Ortsgruppe mitzuarbeiten, waren der Erfolg dieser Kundgebung.

Wollmatingen

Da wir Wollmatingen vom Bezirksamt Konstanz infolge der leinerzeit stattgefundenen Saalschlacht immer noch keine öffentlichen Versammlungen genehmigt werden, hatte die Ortsgruppe zu Mittwoch, den 18. November eine Mitgliederversammlung mit geladenen Gästen einberufen, welche von etwa 45 Personen besucht war. Auch hier wie überall waren die Anwesenden von den Ausführungen B. begeistert. Erwähnenswert ist für Wollmatingen, daß die dortige bürgerliche Nationalfraktion nahe daran ist, reiflos der NSDAP beizutreten, eine Tatsache, welche auch von der Ortsgruppe Konstanz scharf im Auge behalten wird. Dies in großen Zügen ein Bericht über sämtliche abgehaltene Versammlungen. Bemerkenswert ist, daß von sämtlichen Ortschaften gewünscht wurde, in Bälde wieder Versammlungen abzuhalten.

Wir kommen wieder!

15 Neuaufnahmen in den Frauenorden

Bad Krozingen. Hier fand eine Versammlung des Deutschen Frauenordens statt, in der Parteigenossin Schneider aus Karlsruhe sprach. Zur Ehre der katholischen Frauen sei es gesagt, daß auch von diesen sich manche von der zentralistischen Bevormundung freigemacht haben, um sich etwas erzählen zu lassen von dieser deutschen Frauenbewegung, in die auch die katholische Frau hineingehört. Der Abend war ein voller Erfolg.

folg. 15 Frauen haben sich sofort zum Eintritt bereit erklärt, gewiß ein schöner Anfang für eine Ortsgruppe.

Der „Krozingener Anzeiger“, das zentralistische Kässblatt, nahm diese Veranstaltung zum Anlaß, sich in bekannt „christlicher“ Weise über unsere Bewegung und unseren Führer auszuschleimen. Er fragt, ob die Rednerin auch vom Nazi-Professor Kraft und seinem Umzug mit den 8000 RM erzählt habe. Nein, Du unatholische Kätermaul, diesen dummen Zentrumschwindel haben wir schon lange ins richtige Licht gestellt. Aber dafür sanft Du vielleicht einmal Deinen bedauernden Lesern verraten, daß der habsche Zentrumsgelehrte, Herr Donold, mit 17 Millionen von Berlin nach Karlsruhe umgezogen ist, und daß dieser Umzug den habschen Steuerzahlern die anständige Summe von 14 000 RM. in Worten: vierzehntausend Mark gekostet hat.

Es ist eine Schande, daß ein so gefälliges Revolverblatt wie der „Krozingener Anzeiger“ sich katholische (!) Presse nennt. Im Interesse des Ansehens unserer katholischen Kirche gehört einer solchen Zeitung dieser Ehrentitel öffentlich entzogen.

Am Schwarzen Brett

Ortsgruppe Karlsruhe

Am Donnerstag, den 3. Dezember 1931 findet in Daxlanden, Gasthaus zum schwarzen Adler, abends 8.15 Uhr eine öffentliche Versammlung statt. Es sprechen: P. Kemper-Karlsruhe über „Harzburg - Braunschweig - Helsen, was will Adolf Hitler?“, P. Langenstein-Karlsruhe über „Wauer in Not“ und P. Willi Aberle-Bretten über „Vom Kommunismus zum Nationalsozialismus, der Weg eines Arbeiters.“ Freie Aussprache!

Am Freitag, 4. Dezember 1931, abends 8.15 Uhr, findet in der Sektion Beiertheim-Bulach im Gasthaus zum Löwen eine öffentliche Versammlung statt. Es spricht P. Kemper-Karlsruhe über „Harzburg - Braunschweig - Helsen, was will Adolf Hitler?“ Der Führerkurs III am Freitag, den 4. Dezember, abends 8.15 Uhr, findet nicht in der Karlsruhe, sondern in der Poppenblüte statt.

Am Samstag, den 5. Dezember 1931, veranstaltet die Frauenschaft Rüppurr-Beiertheim einen Wohltätigkeitsabend verbunden mit Kinderfest und Bazar. Lokal: „Zum Lichhorn“.

Die Sektion Mählsburg veranstaltet am Montag, den 7. Dezember 1931, abends 8 Uhr im Röhren Krug einen SA-Verbeabend mit einem reichhaltigen Programm.

Bezirk Karlsruhe: Sonntag, den 6. Dez. 1931, vormittags 8.30 Uhr Führerkurs II.

Achtung!

Herr Gustav Muggnau, Karlsruhe, Kaiserstraße 57, ist nicht Mitglied der NSDAP.

NR. Gruppe Karlsruhe

Am Donnerstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der Turnhalle der Süddeutschen

schule der allwöchentliche Übungsabend statt. Erscheinen ist Pflicht insbesondere für die Mannschaften, die am Sonntag bei dem Sportverbeabend auftraten. Die Kameraden, die zu den Freiübungen eingeteilt sind, haben ebenfalls unbedingt zu erscheinen. Es gibt keine Entschuldigung.

N.S. Sport

Die A.S. Gruppe Karlsruhe veranstaltet am 6. Dezember einen Verbeabend für die A.S. Mittags gelangt ein Kampfballspiel auf einem Sportplatz zur Vorführung. Abends 18 Uhr führt die Gruppe im Friedrichshof einen Sportverbeabend durch. Es soll damit zum ersten Male in Karlsruhe der nationalsozialistische Sportgedanke propagiert werden.

Werben Sie schon heute für diesen Tag, damit der A.S. ein voller Erfolg beschieden ist. A.S. Gruppe Karlsruhe.

Ortsgruppe Gröningen

Samstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, spricht P. Landwirtschaftsinsp. Langenstein im Badischen Hof.

Bezirk Bruchsal

Am Samstag, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zur Fortuna, Bruchsal eine

Pflichtversammlung

Sämtlicher Ortsgruppen des Bezirkes Bruchsal statt. Zu erscheinen haben die Herren Ortsgruppenleiter, Schriftführer und ein geeigneter Parteigenosse, der die Ortspropagandaübernahme kann. Mit dem 1. Dezember habe ich die Bezirkspropagandaübernahme übernommen. Der Bezirk Bruchsal wird neu organisiert. Anschrift an mich lautet: An das Postfach Nr. 170 Bruchsal, Böhlen und Halbach, Bezirkspropagandaübernehmer.

Bezirk Pforzheim

Niefern. Am Freitag, 4. Dezember, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im „Adler“. Redner: Bezirksleiter Behlmann-Pforzheim.

Königsbach. Sonntag, 6. Dezember 1931, nachmittags 2.30 Uhr, öffentliche Versammlung im „Döhlen“. Redner: P. Bezirksleiter Behlmann-Pforzheim.

Ortsgruppe Mosbach

Im Bereich der Ortsgruppe Mosbach finden in nächster Zeit folgende Sprechabende statt:

- 4. Dez. 31 in Mosbach (Cäcilienbad), abends 8.15 Uhr.
- 5. Dez. 31 in Reichenbach (Stich), abends 8.15 Uhr, für Reichenbach und Vöhrbach.
- 10. Dez. 31 in Oberheffen (Engel), abends 8.15 Uhr, für Ober-, Mittel- und Unterschefflenz.
- 11. Dez. 31 in Mosbach (Cäcilienbad), abends 8.15 Uhr.
- 18. Dez. 31 in Mosbach (Cäcilienbad), abends 8.15 Uhr.
- 8. Januar 32 in Mosbach (Cäcilienbad), abends 8.15 Uhr.
- 15. Januar 32 in Mosbach (Cäcilienbad), abends 8.15 Uhr.

Der Besuch ist für die Mitglieder unserer Bewegung Pflicht. Bitte Gäste mitbringen.

NSDAP Mitglieder!

die nicht in den Besitz des Rundschreibens vom 28. November 1931 gekommen sind, geben sofort ihre Adresse zur Vervollständigung der Kartei an die Bezirksführung Vaden, Heibelberg, Rohrbacherstraße 23, auf. Der Bereichsführer.

Der Kriegskommissar des Königs

Roman von Friedrich Fröksa

(2. Fortsetzung.)

Heinrich stand allein vor dem Zelt und sah sich fast wie ein Feigling, daß er als junger, kräftiger Mann dieses der Gefahr blieb. Am liebsten hätte er eine Mäusete ergriffen und sich dem ersten besten preussischen Regiment, das mit seinem Schritt vorbeimarschierte, angeschlossen. Aber die Reittische begannen, das Zelt abzubrechen. Drum mußte er die Skripturen zusammenraffen und alles, was zum Schreibdienst gehörte, verpacken. Dann stieg er auf sein polnisches Pferdchen und ritt auf einen Hügel, der kaum eine Viertelmeile von dem Aufstellungsplatz der Panagewagen entfernt war; mit ihm ritten ein Feldprediger und ein Offizier der Wache, in der Hoffnung, einen Teil der Schlacht mitanzusehen zu können.

Heinrich hatte eines der guten Fernrohre des Feldmarschalls bei sich. Das Schauspiel war keltam ergreifend: Vorwärts auf den Höhen waren die Linien der Oesterreicher deutlich zu erkennen. Die weißen Röcke ihrer Infanterie und schweren Kavallerie schimmerten im Glanz der Platoonen aus dem frühen Grün der Saalfelder, in denen sie standen; auch waren die blanken Röhre der vielen Geschütze leicht erkennlich.

„Das ist ein hartes Stück Arbeit für unsere Truppen, wenn sie diese starken Positionen erstürmen sollen!“ sagte der Offizier und traute sich hinterm Ohr. — Der Feldprediger meinte: „Das, was wie Biesen aushebt, sind doch Sumpfe, und nur die schmalen Dämme führen hindurch!“

Vor dieser grünen Fläche unter den Höhen sahen sie nun, wie auf dem Exerzierplatz, die langen dunkelblauen Linien der preussischen Infanterie aufmarschierten. Die Sonne blühte auf den Bajonetten, und die blanken Blechmützen der Grenadiere lachen aus wie widerspiegelnde Teiche im Sonnenlaß. Die Kavallerieregimenter ritten hin und her. Deutlich erkennbar waren die braunen Bernerischen und die weißen Putzamerikanischen Husaren; sie hatten die Planken überlächelt und scharmüßelten schon mit den ungarischen Husaren. Um neun Uhr morgens rollte der erste Kanonendonner durch das Tal, leiserlich fast, als er im langen Echo von den Berghängen zurückkehrte. Die österreichischen Batterien antworteten. Der Kampf entbrannte nun mit voller Kraft. Bald zogen so dicke Pulverschmaden durch den Talkeßel, daß das ganze Bild verhüllt war.

Nun verließen die drei den Hügel und Heinrich tritt zu dem Platz zurück, auf dem das Gepäc des Feldmarschalls aufgeladen war. Jetzt dröhnte der Kanonendonner so stark, daß die Erde unter den Füßen zu zittern schien. Nun langten Bahnen an, auf denen die ersten Opfer des blutigen Tages herangetragen wurden. Verwundete schleppten sich mühselig herbei, um sich auf den Verbandspätzen, die dicht neben der Bagage eingerichtet waren, in Arbeit nehmen zu lassen. Ein junger Offizier schrie: „Es ist unmöglich, die Regimenter zu entwickeln! Wir müssen in schmalen Kolonnen über Dämme, und mit Kettenfugeln reihen uns die anderen nieder, wie sie mögen!“

Der Tag wurde heißer und heißer. Es war nach 11 Uhr morgens, als der junge Kornett, der aus einer Stirnwunde blutete, angeschlossen kam: „Oh, das Unglück! Herr Doktor, wissen Sie es noch nicht? Unser Feldmarschall ist erschossen und liegt als Leiche am Boden.“

Heinrich sprang herzu, um Näheres zu erfahren, aber der junge Mensch sank vom Hock, erschöpft vom Untervoll. Andere

Verwundete kamen, und unter der Bagage verbreitete sich die Nachricht: „Unser Feldmarschall ist von fünf Kartätschekugeln getroffen, Hauptmann Platen an seiner Seite schwer verwundet!“

Heinrich stürzte die Tränen aus den Augen. Er schloß sich einem Offizier, der sich hatte verbinden lassen und wieder aus Schlachtfeld zurückkehrte, an, um die Stelle zu finden, wo sein erschossener Herr liegen sollte.

Je weiter er nach vorn kam, desto härter war die fremde Bewegung. „Die Feinde weichen!“ schrie es. „Die Unfern bringen vor!“ jubelte es. „Die Schlacht wird gewonnen!“ sang es.

Die Reiche seines Herrn, des Feldmarschalls von Schwerin, fand Heinrich unter einem Baum etwas abseits von der eigentlichen Schlachtfeld, die bezeichnet war durch verlorengegangene Gegenstände, Helme, Gewehre und Gefallene. Ein Stabsarzt, mehrere Offiziere, von denen einzelne leicht verwundet waren, und einige Soldaten standen in der Runde und blickten mit starren Augen auf den Körper. Die Uniform war von Kugeln durchlöchert, ganz mit Blut überdeckt, denn fünf Kartätschen hatten Brust und Unterleib getroffen, so daß er auf der Stelle lautlos vom Pferde gestürzt war. Sein Gesichtsausdruck war ruhig und friedlich.

Heinrich vernahm, wie es vor sich gegangen war. Ein Hauptmann erzählte es eindringlich: „Die Bataillone der Regimenter Kreuzen, Bouqué und Schwerin, zu dem ich selbst gehöre, waren bestimmt, dort auf dem schmalen Damm durch die Sumpfe die Stellung der Oesterreicher zu kürmen, aber die Kartätschen haben schmettert uns ab. Alles dränate zurück. Und dieses Gedränge war furchtbarer als der Angriff selbst; denn wir waren unbeweglich, Schlachtfeld für die da oben. Das sah der Feldmarschall, der unmittelbar rechts neben dem Damm hielt. Er irrte in die verwickelsten Ärmel und rief mit lauter Stimme: „Hut der Schande! Seid ihr keine Preußen mehr? Wollt ihr fliehen?“

Im selben Augenblick wird der Stabskapitän von Rohr, der die Fahne von meinem zweiten Bataillon aus der Hand des gefallenen Fahnenführers genommen hatte, schwer verwundet. Der Feldmarschall steht das, nimmt die Fahne hoch auf's Pferd, schwingt sie, daß der Adler weithin in der Sonne blüht, und ruft: „Vorwärts, Soldaten! Folgt mir nach! Die Ärmel wideln sich auf die Kotten verlieren. Doch kaum rettet der Feldmarschall an, da treffen ihn die Kartätschen; stürzt mit der Fahne aus dem Sattel.“

Heinrich rief nach einer Bahre und half, den Leib des Graien darauflegen, säuberte selbst unverzagt die Wund von dem Blute, deckte den grauen Mantel des Toten darüber und pflichte Grün vom Baum. Während er so noch für den Toten sorgte, blieb es plötzlich: „Seine Majestät der König kommt!“

Alle reckten sich gerade auf und stellten sich in Ordnung hin. Im langsamem Schritt kam der König herangeritten, neben ihm Prinz Moritz von Dessau und ungefähr fünfzig Reiter vom Regiment Gardedivisions als Deckung. Der König sah die Tragbahre, stieg schnell von seinem Engländerhimmel und ging durch die Reihen der Offiziere, die inzwischen ein Spalier gebildet hatten, mit leichtem Hutaabnehmen: „Bon soir, Messieurs!“ Er sentte den Kopf, schweig und sagte nach einer Weile mit kräftiger Stimme: „Der hier liegt, war ein Offizier von den größten Meriten und wohl wert, daß alle seinen Tod aufrichtig betrauern. Meine Armee befehlt keinen besseren General. Wie sein Leben allen zum Beispiel dienen konnte, so jetzt auch sein Tod!“

Der König setzte seinen Hut auf. Da gab es eine Bewegung. Ein Adjutant des Generals von Bieten kam herangereit und meldete: „Die Oesterreicher fliehen in höchster Eile! Wir beharren in der Verfolgung!“ Die Husaren haben eine beträchtliche Menge feindlicher Geschütze, Wagen und Gefangenenerbeutet. Der Feind leistet keinen Widerstand mehr!“

(Fortsetzung folgt.)

Copyright 1931 by Aug. Scherl, G. m. b. H. Berlin

Badische Nachrichten

Überall Großfeuer

Großfeuer in einem Steinhausbau.

Mühlbach bei Bretten, 2. Dez. Am Montag brach in der Scheune des Steinbauers und Landwirts Karl Schäfer Feuer aus. Das Gebäude stand im Nu in Flammen. Infolge des anhaltenden starken Windes griff das Feuer rasch um sich. Bald ging auch die daneben stehende Scheune des Landwirts Heinrich Steinmann in Flammen auf. Durch die in beiden Scheunen liegenden Heu- und Strohvorräte hatte das Feuer reiche Nahrung. Innerhalb einer halben Stunde waren die beiden Scheunen ein Haub der Flammen. Nur das Vieh konnte mit Mühe und Not gerettet werden. Zum Glück wurden die angebauten Wohnhäuser der Brandgeschädigten vor einem Uebergreifen des Feuers bewahrt. Der Gebäudeschaden wird auf etwa 8000 Mark geschätzt. Nachforschungen der Polizei über die Entstehung des Brandes sind bereits im Gange.

Brand.

Pforzheim, 1. Dez. Im nahen Conweiler brach in dem Wirtschaftsgebäude des gerade bei einer Hochzeit weilenden Gemeinderats Robert Engelhardt auf bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer aus. Das ganze Gebäude wurde samt der Stallung ein Haub der Flammen. Nur durch das rasche Eingreifen der Feuerwehr konnten die benachbarten Anwesen gerettet werden. Da es sich um den zweiten Brandfall innerhalb weniger Tage handelt, vermutet man Brandstiftung.

Anwesen niedergebrannt.

Sonau bei Rühl, 2. Dez. Montagabend brach in dem Anwesen des Landwirts und Arbeiters August Fritsch ein Brand aus, dem in kurzer Zeit die ganzen Gebäulichkeiten zum Opfer fielen. Die Bemühungen der Röchmannschaften konnten sich nur auf den Schutz der Nachbargebäude beschränken. Das Großvieh konnte mit vieler Mühe gerettet werden, während das Kleinvieh, Erntevorräte und ein großer Teil der Fahrnisse den Flammen zum Opfer fielen. Die Entstehung

ursache ist noch nicht ermittelt, doch wird Brandstiftung vermutet. Der entstandene Schaden ist recht beträchtlich.

Schadenfeuer.

Stachbach bei Waldshut, 1. Dezember. In der vergangenen Nacht brach in der Scheune des landwirtschaftlichen Anwesens des Altbürgermeisters Adolf Süß Feuer aus, dem das Wohnhaus und die Dekonomiegebäude in kurzer Zeit vollständig zum Opfer fielen. Das Vieh, sowie ein Teil der Fahrnisse der landwirtschaftlichen Geräte konnten gerettet werden. Der Gebäudeschaden beträgt circa 17000 Mark. Man vermutet Brandstiftung.

Zu Tode geschleift

Wilsheim (b. Taubertshausen), 1. Dez. Als hier der Landwirt August Kaufmann mit seinen Pferden über die Straße oberhalb der Mäsenbacher Mühle fuhr, scheuten infolge eines Geräusches die Pferde und rasteten talwärts. Kaufmann verlor sich in den Büschen, kam unter das Vorderrad des Wagens und wurde eine Strecke weit mitgeschleift. In schwerem Verletzungszustand wurde er nach Hause geschafft, wo er kurz danach verschied.

Zwei Todesopfer.

Waldorf, 2. Dezember. Das Motorradunfall von Samstag Nacht hat ein zweites Todesopfer gefordert. Im Heidelberger Krankenhaus erlag noch am Samstag der Werkzeugschlosser Hofmann aus Heidelberg-Kirchheim seinen Verletzungen.

Hochzeit unter Polizeischutz

Bardheim bei Buchen, 2. Dezember. Dieser Tage fand hier eine Hochzeit unter polizeilichem Schutz statt. Da ein Bruder des Bräutigams diesen mit tätlichen Angriffen bezog, mit Fohlschüssen bedrohte, mußte der Hochzeitstag zur Kirche unter Begleitung von Polizeibeamten erfolgen. Ebenso mußte bei der am Vorabend vorgenommenen Ziviltrauung polizeiliche Hilfe herbeigeholt werden.

Zusammenstoß mit einem Leichenzug

Mühlhausen bei Wiesloch, 2. Dezember. An der Kreuzung Laimbacherstraße—Gauptstraße stieß gestern nachmittag der Bulldoggenführer Müller aus Elsenz mit einem Leichenwagen zusammen, wobei an letzterem die eine Seite eingedrückt wurde. Die Wagenführer kamen mit dem Schrecken davon. Untersuchung ist eingeleitet.

Sterbende Wirtschaft.

Schriesheim (bei Heidelberg) 30. Novemb. Mit der Entlassung der gesamten Belegschaft des Porphyrtalwerks Weinheim-Schriesheim A.-G. ist der gesamte Schriesheimer Steinbruchbetrieb stillgelegt und nahezu hundert Schriesheimer Arbeiter arbeitslos geworden. Die Firma sah sich wegen des immer mehr steigenden Absatzrückganges gezwungen, das Schriesheimer Werk zu schließen. Sehr wahrscheinlich wird der Betrieb den ganzen Winter hindurch ruhen.

Ein Vermißter gefunden

Korbach i. N., 1. Dezember. Das rätselhafte Verschwinden des Schulbauers Fren, das seit Wochen im hinteren Murgtal das Tagesgespräch bildete, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Die Leiche Frens wurde am Sonntag bei der Gletschermühle beim Stauwehr Kirchbaumwald gefunden. Das Wehr wurde abgelassen und die Leiche des Fren unter einem Felsen entdeckt. Fren ist durch einen unglücklichen Umstand an jenem stürmischen Novemberabend in die hochgehende Murg gefallen und ertrunken. Selbstmord kommt nicht infrage, ebenso wenig ein Verbrechen.

Winterboten.

Pforzheim, 2. Dezember. Gestern nachmittag wurden vom Weidberg aus etwa 20 Schneegänse beobachtet, die nach Art der Kraniche in feilschender Marschordnung fliegend, vom Westen her in Richtung Mühlacker davonzogen. Diese Tiere des Nordens sind zuverlässige Winterboten.

1000 markierte Junglachse ausgelegt

Schweinhof, A. Mühlheim, 30. Nov. In der Forellenaufzucht von Dr. Wannowski ist es erstmals mit Erfolg gelungen, Junglachse

vom Dotterbrutfrisch bis zum dreijährigen Salmüng aufzuziehen. Diese bis 28 Zentimeter großen Fische wurden von Landesfischereiverbänden durch druckknopfartige Silberplättchen an den Kiemenbedeckeln markiert und in besonders geeigneten nahrungs- und pflanzenreichen Altrheinstraßen bei Stein ausgelegt. Es handelte sich um etwa 1000 Stück. Vermutlich werden die Junglachse zunächst ins Meer abwandern und in etwa zwei Jahren zurückkehren. Beim Fang markierter Lachse sollte jedenfalls umgehend der badischen Landesfischereiverbandspräsident Dr. Koch-Markus, Schloßplatz 19 verständigt und das Markierungsplättchen gegen Erhaltung der vom Landesfischereiverband ausgesetzten Prämie von drei RM. eingeliefert werden.

Gefährliches Kinderspiel

Hügelheim (bei Mühlheim), 1. Dezember. Beim Indianerspielen mehrerer im Alter zwischen 8 und 10 Jahren stehender Knaben warf einer seinem stehenden Gegner das offene Taschenmesser seines Vaters nach. Dieses blieb dem anderen Knaben im Kniegelenk stecken.

In Seenot

Konstanz, 1. Dezember. Ende der letzten Woche geriet zwischen Romanshorn und Lindau ein Trajekttransport in Seenot. Der Führerfahrer vermochte vor dem Lindauer Seebafen gerade noch rechtzeitig abzubiegen, sonst wäre er an die Klaimauer geworfen worden. Der Schleppfaher wurde abgerissen und wurde bis in die Nähe von Bregenz abgetrieben. Der Dampfer „Münchberg“ leistete die erbetene Hilfe. Der Sturm, der den Trajekttransport in Gefahr gebracht hatte, war augenblicklich aufgetreten und von schweren Böen begleitet.

Verkehrsunfall.

Brombach bei Bruch, 2. Dezember. Als der beim Kraftwerk Rheinfelden beschäftigte Elektriker Philipp aus Maulburg mit seinem Motorrad auf dem Heimweg begriffen war, fuhr ihm aus einer Seitenstraße heraus ein Auto in die Planke. Dabei wurde Philipp das Bein unterhalb des Knies zerquetscht, so daß es abgenommen werden mußte.

Bezugsquellen-Anzeiger von Pforzheim

Weil Ware von bester Beschaffenheit

immer die billigste ist, deshalb werden Sie gerade in der heutigen Zeit, der „notverordneten Geldbeutel“ beim Fachmann ihren Bedarf decken. Meine reichhaltige Sortimente in Herrenartikeln, wie Oberhemden, Krawatten, Unterzeuge sowie in Damen- u. Kinderstrümpfen jeder Art, enthalten die Dinge, womit Sie Ihren Lieben die richtige Weihnachtsfreude bereiten können.

Weidenbach

Fachgeschäft f. Herrenartikel u. Strümpfe - Westliche 4

Papier- und Schreibwaren, Geschäftsbücher, Geschenkartikel Buchbinderei

Herm. Schwenk

Westliche 90

Besichtigen Sie mein Lager in

Herren- & Damen

Regenschirmen

Robert Katz

Schirmfabrik Pforzheim

Laufen Sie STAHLWAREN nur beim Fachmann

Schumacher

Größte Auswahl - Billigste Preise
Eigene Reparaturwerkstatt

PFORZHEIM, Barfüßergasse 3, Zerrnerstraße 6 u. 8

Handarbeiten

Strümpfe

Handschuhe

Strickwesten

in reicher Auswahl

Friz Schumacher

Pforzheim

Neuenbürg

Chr. J. Hartmann
Pforzheim
Westliche 8

Elektrische
Installation

Gas- u. Kohlenherde,
Ofen, Backöfen,
Bade-Einrichtungen,
Beleuchtungsörper

Kauft nie bei Juden

Spiegel, Bilderrahmen

L. Döderlein

Barfüßergasse 5, b. Schloß.

Glasschleiferei und
Spiegelglasbelegerei

Telefon 39 8

**Handschuhe,
Herrenhemden,
Krawatten,
Strümpfe**

in größter Auswahl
bei billigsten Preisen

Dina Loth,

Pforzheim,

Westliche 24

Legen Sie **Optik** auf den

Gabelstisch

Reiche Auswahl bei

Optiker

BASSMANN

Pforzheim

Zerrnerstraße 16.

Kauft

deutsche Waren!

LÖWEN-APOTHEKE

OTTO WIGG PFORZHEIM

Homöopathische u. Allopathische
Apotheke

Ski

sowie die gesamte Ausrüstung für den Wintersport
in großer, preiswerter Auswahl.

Rich. Fahner
PFORZHEIM
Jagd- und Sporthaus

Med. Blaserei, Kunsthandlung
Einrahmungen, Vergolderei

Carl Helber

Pforzheim, Westliche 92

Kaufhaus Maschke

PFORZHEIM-BRÖTZINGEN

1772

Das größte Kurz-

warengeschäft im

Stadttell Brötzingen

Ihre Bezugsquelle

für Wäsche, Aussteuerartikel
Baby und Kinderbekleidung ist
das Spezialhaus von

A. Bodemer, Pforzheim

Deimlingstraße 10

E. WÖRNER

Pforzheim, Hohlstraße 14

gegenüber der Schwarzwaldschule

Hüte, Mützen

Schirme, Stöcke

Krawatten usw.

Preiswert in großer Auswahl



**Hüte
Mützen**

In Qualität das Beste in Form
u. Farbe elegant, im Preise
wirklich billig.

KARL SCHREMPF

Pforzheim, Westliche 2

Schuhhaus Waldhauer

Pforzheim, Westliche 312

SA- und SS-Stiefel

Eigene Reparaturwerkstätte

Trocadero-Theater-Kaffee

Pforzheim

Die vornehme und billige

Kleinkunstbühne

bei freiem Eintritt.

Billardakademie bei billigsten Preisen

Die

Kampfschrift

ist eines der besten und

billigsten Werbemittel

unserer Bewegung

Als Heft 2 erschien

Der Schwindel

des Bolschewismus

von Heinz Franke

Umfang 24 Seiten / Wirkungsvoller Umschlag

Mit unwiderlegbaren Tatsachen wird hier der Schwindel

des Sowjet-Paradies enthüllt, werden die kommunistischen

Ideale widerlegt, / sorgt da für, daß diese Schrift in die

Hand jedes Arbeiters gelangt, der durch das System von

Wann in die Verwirrung in den Bolschewismus ge-

trieben wurde. Diese Schrift wird jedem zu denken geben.

Zu beziehen von:

Führerverlag G.m.b.H.

Abteilung Buchvertrieb, Karlsruhe

Kaiserstr. 133 - Telefon 7930 - Postscheckkonto Karlsruhe 2935

Einzelpreis nur

10 Pfg.

10 Stück RM. - 90

100 Stück RM. 8.-

Du sollst gut und billig kaufen! Die Gewähr dafür geben Dir unsere Inserenten!